Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krab, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 12. April 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 85

Englischer Bergarbeiterkampf, ein Signal für die deutschen Arbeiter

Internationaler Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung

London, 10. April.

Auf der Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Lancashire und Cheshire, auf der 75 000 Bergarbeiter vertreten waren, wurde der Beschluß gefaßt, die Vorschläge und Berichte der Kohlenkommission abzulehnen und ebenso die letzten Vorschläge der Grubenbesitzer als unannehmbar zurückzuweisen. In London fand ebenfalls gestern eine Konferenz des Industrieausschusses des Gewerkschaftskongresses, mit Vertretern des Bergarbeiterverbandes statt. Der Ausschuß sicherte den Bergarbeitern erneut vorbehaltlos die Unterstützung der gesamten englischen Arbeiterschaft zu.

*

(Eig. Drahtm.) London, 11. April.

Die Reichs-Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter beschloß auf Antrag des Vorstandes einstimmig, die Entscheidung zu vertagen, bis die noch ausstehenden Beschlüsse der einzelnen Bergwerksdistrikte eingelaufen sind, und der neuen Reichs-Delegiertenkonferenz, die statutengemäß die Entscheidung zu treffen hat, eine Resolution zur Annahme zu empfehlen, die folgende Punkte enthält:

1. **Einer Verlängerung der Arbeitszeit wird nicht zugestimmt.**
2. **Grundsätzlich bleibt das Lohnabkommen nebst den nationalen Minimalzuschlägen aufrechterhalten.**
3. **Die Bergarbeiter können einer Herabsetzung der Löhne nicht zustimmen.**

★

Der englische Kapitalismus ist durch den **Verlust seiner Vormachtstellung auf dem Weltmarkt**, durch die **Einschränkung seiner Absatzmöglichkeiten** (insbesondere durch die Industrialisierung der englischen Kolonien) und durch die daraufhin eingeleitete **Schutzzollpolitik** in eine äußerst schwierige Lage gekommen. Die englische Bourgeoisie versucht, diesen Schwierigkeiten Herr zu werden durch die möglichst schnelle Beseitigung der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Industrie und möglichst weitgehende **Senkung der „Unkosten" durch Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit.** Deshalb übt sich das englische Unternehmertum, wie die deutsche Bourgeoisie in der Aufstellung von „Rationalisierungsplänen". Auf der kürzlich stattgefundenen Jahresversammlung des englischen Reichsverbandes der Industrie wurden dazu konkrete Vorschläge gemacht mit dem Ziel einer „zentralisierten" Organisation, die die Erfordernisse der Industrie, die Finanzierung der Banken und die diplomatischen Aktionen „miteinander in Einklang bringt". Um die „Leistungsfähigkeit" der Industrie zu erhöhen, **müsse man die Arbeiter willig machen dadurch**, daß man den von ihnen angestrebten höheren Lebensstandard von gesteigerter Produktivität abhängig macht. Die „industrielle Verschwendung" müsse durch rationelle Methoden endgültig beseitigt werden. Auch der Arbeitsprozeß soll eine grundlegende „Rationalisierung" erfahren. Die Hauptsache wäre jedoch, **eine grundlegende Aenderung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern.** Nur durch die **Arbeitsgemeinschaft** nach dem Muster der **Vereinigten Staaten** (!) könne das kapitalistische System in England reorganisiert werden, so daß beide Klassen, die Unternehmer wie die Arbeiter, einen möglichst großen Vorteil davon haben.

Man sieht, die Töne der **englischen** Unternehmer sind die **gleichen**, wie die der **deutschen** Unternehmer. Während sich jedoch die deutschen Arbeiter bisher einen Lohnabzug nach dem anderen aufdiktieren ließen und die Einführung des Zehn- und Zwölfstundentages nicht zu verhindern wußten, beginnt die **englische Arbeiterschaft, sich energisch gegen diese arbeiterfeindlichen Pläne zur Wehr zu setzen.** Durch den Widerstand der englischen Bergarbeiter, die unter keinen Umständen einer Erhöhung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Löhne zustimmen, ist in England eine **außerordentlich ernste Lage entstanden.** Die englischen Bergarbeiter haben aus dem Sieg am **roten Freitag** die Lehren gezogen, wie ein solcher einheitlicher Vorstoß des Unternehmertums abgewehrt werden kann. Trotz des Widerstandes der rechten Gewerkschaftsführer haben die Gewerkschaftsmitglieder den **Abschluß großer Gewerkschaftsbündnisse** erzwungen. Die sieben größten Verbände haben sich zum Kampfe gegen die englische Rationalisierung zusammengeschlossen. **Dieser Kampfbund bildet eine gewaltige Macht, deren sich die englische Bourgeoisie wohl bewußt ist** und deshalb alles versucht, um durch zweifelhafte Versprechungen die englischen Bergarbeiter vom Kampfe abzuhalten. Insbesondere werden fieberhafte Vorbereitungen getroffen, um den bevorstehenden Bergarbeiterstreik **durch ausländische Streikbrecherkohle abwürgen zu können.**

Aus diesem Grunde haben die englischen Bergarbeiter bereits an den **Internationalen Gewerkschaftsbund** einen Appell gerichtet, um die Lieferung von Streikbrecherkohle nach England zu verhindern. Der Internationale Gewerkschaftsbund hielt es jedoch **bis jetzt noch nicht für notwendig**, irgendwelche Vorbereitungen dazu zu treffen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer schrecken im Gegenteil vor dem gewaltigen Kampfe zurück und versuchen deshalb, die endgültigen Entscheidungen **möglichst zu verschleppen.** So hat z. B. der Sekretär der Internationalen Bergarbeitervereinigung Frank Hodges in einer Rede in Nottingham erzählt, daß die Vorschläge der Kohlenkommission erfüllt seien von der Möglichkeit „des Gedeihens" (!) und fügte dieser Auffassung hinzu, daß, wenn man ihn frage, **ob er sich für eine Verminderung der Löhne oder für eine „vorübergehende" Aenderung der Arbeitszeit entschließen würde**, er sich für eine **Aenderung, d. h. Verlängerung der Arbeitszeit** entscheiden würde! ! !

Die deutsche Arbeiterschaft kennt die „vorübergehende" Aenderung der Arbeitszeit. Die deutsche Arbeiterschaft kennt auch zur Genüge die arbeitsgemeinschaftlichen Reden ihrer Gewerkschaftsführer von den vorhandenen „Möglichkeiten" und von dem „kleineren Uebel". Wir sind überzeugt, daß die englische Bergarbeiterschaft auf diese reformistischen Utopien nicht hereinfällt, sondern den geschlossenen Kampf gegen **jede** Lohnherabsetzung und gegen **jede** Arbeitszeitverlängerung aufnehmen wird. Die deutsche Arbeiterschaft aber hat die Pflicht, die **Lieferung von Streikkohle nach England unter allen Umständen zu verhindern**, auch wenn die deutschen Gewerkschaftsführer keinen Finger dazu rühren. Die beste Unterstützung der englischen Bergarbeiter besteht jedoch darin, daß auch die deutschen Bergarbeiter den Kampf um die **verlorene Siebenstundenschicht wieder aufnehmen und einen gleichstarken Zusammenschluß der Gewerkschaften erzwingen zur Abwehr der kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland. Nur durch den internationalen, solidarischen Kampf der englischen und deutschen Arbeiterschaft kann die kapitalistische Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterklasse verhindert werden.**

Der 1. Mai im Zeichen der Kampf-Einheit

Brecht die Sabotage der ADGB.-Führer!

Berlin. Der „Vorwärts" zeigt in seiner Freitag-Abendausgabe, daß der ADGB.-Maiaufruf praktisch auf eine Zersplitterung der Arbeiterschaft am 1. Mai hinauslaufen will. Auf die Forderung der „Roten Fahne", die gemeinsame Demonstration am 1. Mai müsse von der Arbeiterschaft erzwungen werden, schreibt der „Vorwärts": „Dieses kommunistische Rezept, andere zur Liebe zu zwingen, hat keine Aussicht auf Erfolg. Mögen die Kommunisten den 1. Mai in ihrer Weise unter sich feiern. Aber von christlichen Arbeitern, denen der Begriff der gewerkschaftlichen Disziplin aufgegangen ist, und von überzeugten Sozialdemokraten können sie nicht verlangen, daß sie zur Feier des 1. Mai dahin gehen, wo ihre Gewerkschaften und ihre Partei in der dümmsten und schmutzigsten Weise beschimpft werden."

*

Mit diesen demagogischen Phrasen wird es den SPD.-Führern nicht leicht werden, die Forderung auf gemeinsame Demonstrationen unter roten Fahnen am 1. Mai zu unterdrücken.

Kaum daß eine **große Anzahl von Gewerkschaftskartellen**, darunter auch in **Halle, gemeinsame Maidemonstrationen beschlossen hatten**, kommen von oben die Versuche, die sich bildende Einheitsfront der Arbeiterschaft wieder zu zerschlagen. Was unsern Zwang „zur Liebe" anbelangt, so glauben wir, **niemals Zweifel** darüber gelassen zu haben, daß gemeinsame Aktionen **nur unter dem Druck der Arbeiterschaft von unten** möglich sind. Die sozialdemokratischen Führer werden immer die geschlossene proletarische Front sabotieren, wenn sie nicht „zur Liebe" (!) gezwungen werden!

Die Arbeiterschaft wird es sich nicht nehmen lassen, trotz der Spaltungsversuche der ADGB.-Führer den **1. Mai als Tag der proletarischen Kampf-Einheit zu begehen** und in allen Gewerkschaftskartellen gemeinsame Maidemonstrationen durchzusetzen. Wir fordern alle Genossen und Sympathisierende auf, das hallische Vorbild als Beispiel zu nehmen und für die gemeinsame Durchführung der Demonstrationen die gesamte Arbeiterschaft zu mobilisieren.

Für die Einheit in der proletarischen Freidenkerbewegung

Berlin. Die Generalversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung beschloß einstimmig, sich der proletarischen Freidenker-Internationale, die ihren Sitz in Wien hat, anzuschließen. Der Vorsitzende der Internationale, Genosse Hartwig, Brünn, begrüßte diesen Beschluß, worauf die Generalversammlung spontan die Internationale sang. — Vorausgegangen war ein ebenso einstimmiger Beschluß, die Organisation der Freidenker für Feuerbestattung mit der Gemeinschaft proletarischer Freidenker organisatorisch zu vereinigen.

Die Betriebe und die Regierungsfrage

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre wiederholten Vertrauensvoten das Leben der monarchistischen Luther-Regierung gerettet hatte, schrieb ein sozialdemokratisches Blatt, die Frankfurter „Volksstimme", daß „ein wahrhaft großer Moment" in der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes verpaßt worden sei. Man hätte diese Regierung stürzen müssen.

Diese Stimme ist sehr interessant. Die SPD.-Blätter schreiben solche Wahrheiten nur dann, wenn sie der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter Rechnung tragen müssen. Diese Pressestimme läßt darauf schließen, daß **ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter die Unterstützung der Luther-Regierung durch ihre Führer verurteilt.** Bei diesem günstigen Boden müßte es möglich sein, durch entsprechende Aufklärungsarbeit das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter und die Massen der Parteilosen für die Forderung des Sturzes dieser Regierung zu gewinnen.

Stellt man aber die Frage, warum es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotzdem wagen konnte, der Luther-Regierung immer wieder das Vertrauen auszusprechen, so kommt man zur Feststellung, daß **der Druck aus der Arbeiterschaft auf SPD.- und ADGB.-Führer nicht stark genug war.** Es gelang weder, die großen Massen der Werktätigen für die Forderung des Sturzes der Luther-Regierung genügend zu interessieren, noch gelang es, die Belegschaften der Betriebe auch nur in dem Sinne in Bewegung zu setzen, daß die Instanzen der SPD. und des ADGB. unter genügend starken Druck gesetzt worden wären.

Aber keine politische Aktion der Arbeiterklasse wird ohne eine starke Mobilisierung der Betriebe mit Erfolg durchgeführt werden können. Genau so wie in einer aufs äußerste zugespitzten Situation die Cuno-Regierung nur durch die Aktion der Betriebe gestürzt werden könnte, so kann auch heute der Sturz der Luther-Regierung herbeigeführt werden, wenn die Betriebe auf den Plan treten und die ADGB.- und SPD.-Instanzen zwingen, ihrem Willen zu entsprechen. Es fehlte bisher an der richtigen politischen Mobilisierung der Betriebe, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß es in den meisten Betrieben noch nicht zur Bildung von **Einheitskomitees** gekommen ist, der Organe, die geeignet sind, die politische Aufklärung der gesamten Belegschaften, wie die Organisation der geschlossenen Teilnahme der Belegschaft an den politischen Aktionen zu vollenden.

Diese ungenügende politische Aktivität der Betriebe liegt nicht etwa daran, daß das politische Interesse der deutschen Arbeiterschaft abgenommen hätte, sondern es kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß im Kampf gegen den beispiellosen Unternehmerterror die Arbeiterschaft noch nicht zur siegreichen Offensive vorgehen konnte. Wir sehen aber, daß von einer Belegschaft, wie der des Leunawerks, eine kommunistische Mehrheit in den Arbeiterrat gewählt wurde, obwohl gerade in diesem Werk die Chemiemagnaten mit Hilfe von monarchistischen Pinkertons, Werkspitzeln usw. einen geradezu ungeheuerlichen Terror entfalten. Wie im Leunawerk, so lebt in allen Betrieben der Wunsch, endlich wieder herauszukommen aus dem unerträglichen Terror der Hungerpeitsche, die heute die deutschen Unternehmer im Hinblick auf eine Millionenarmee von Erwerbslosen so rücksichtslos schwingen.

Das Kampfterrain ist für die deutsche Arbeiterschaft heute vielleicht schwieriger als je. Die deutsche Wirtschaftspolitik steht im Zeichen der kapitalistischen Rationalisierung. Etwa 5 Millionen Erwerbslose liegen seit Monaten auf dem Pflaster. Immer noch wird umgestellt, entlassen und — gesiebt. Die Unternehmer suchen alle diejenigen aus den Betrieben zu entfernen, die sich für die Interessen ihrer Kollegen und ihrer Klasse einsetzen. Unter allen Umständen will das Unternehmertum gerade die politische Aktivisierung der Betriebe verhindern und in den Unternehmerblättern werden alle möglichen Rezepte dafür erörtert, unter anderem auch die „Werksgemeinschaft", die den Zusammenhang der Arbeiterklasse untereinander zerstören soll. Auch die Kapitalistenklasse weiß eben, daß sie nur dann ernstlich zu fürchten hat, wenn die Belegschaften der Betriebe in Bewegung kommen.

Deshalb ist die geringste politische Tätigkeit in den Betrieben heute ein schwerer, opferreicher Kampf. Die Bildung von Einheitskomitees stößt auf große Schwierigkeiten. Die politische Aufklärung und Agitation wird nicht nur direkt durch den Unternehmerterror gehindert, sondern auch dadurch, daß im Zeichen der kapitalistischen Rationalisierung die Belegschaften nicht aus dem Kleinkampf um die elementarsten Dinge herauskommen. Jeder Pfennig Stundenlohn oder Akkordlohn muß täglich und stündlich verteidigt werden. Die fortgesetzten Entlassungen und Maßregelungen halten die Belegschaften in Atem usw. Die Unternehmer sorgen schon dafür, daß die Kämpfe in den einzelnen Betrieben nicht abreißen. **Die Unternehmerorganisationen leiten von zentraler Stelle aus diesen Feldzug, der auf immer neuen Lohnabbau und immer weitere Arbeitszeitverlängerung und andere Verschlechterungen hinzielt.**

Wenn aber die einzelnen Belegschaften bei der Abwehr dieser Unternehmeroffensive sich selbst überlassen bleiben, wenn sie nicht den Weg zur gemeinschaftlichen Abwehr finden, so werden sie immer weiter zurückgeworfen werden. Gerade um neue Verschlechterungen abzuwehren, muß der Kampf gegen den Terror der Unternehmer mit aller Energie aufgenommen werden. Jedes Nachgeben, jedes Ausweichen, jedes Abwarten bringt nur neue Verschlechterungen. Wohl bedeutet die riesige Erwerbslosenarmee einen großen Vorteil für die Unternehmer, doch kann nicht abgewartet werden, bis etwa diese Erwerbslosigkeit auf ein unbedeutendes Maß eingeschrumpft wäre. Es ist gar nicht abzusehen, daß die kapitalistische Wirtschaft Deutsch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0001

lands wieder aus der Millionenarbeitslosigkeit herauskommen könnte. Darum muß trotz dieser Millionenarmee von Erwerbslosen die Arbeiterklasse aus der Defensive herauskommen, dem Unternehmertum wieder wirksamen Widerstand leisten und zur Offensive übergehen.

Wie muß heute der Kampf geführt werden?

Es ist richtig, daß betriebliche und gewerkschaftliche Einzelaktionen in den meisten Fällen, besonders wo es sich um Erkämpfung umfassender Verbesserungen handelt, keinen Erfolg mehr versprechen. Aber ein erfolgreicher Kampf gegen das Unternehmertum ist durchaus möglich, **wenn die Kraft der Arbeiterklasse in großen Gewerkschaftsbündnissen konzentriert wird.** Nicht umsonst betrachten die Unternehmerverbände **die Bildung** von Industrieverbänden als die größte Gefahr, der man mit allen Mitteln begegnen müsse. Das englische Beispiel zeigt auch der deutschen Arbeiterklasse den Weg. Wie dort am roten Freitag die verbündeten Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter einen Sieg gegen die Kohlenbarone und die britische Regierung verzeichnen konnten, wie sie eben durch ihr gemeinschaftliches Vorgehen siegreich den Achtstundentag, die Siebenstundenschicht unter Tage und die bisherige Lohnhöhe verteidigten, wie sich jetzt in England die Gewerkschaften immer mehr zu großen Allianzen zusammenschließen, so müssen auch in Deutschland die Kräfte konzentriert werden.

Wie ist das zu erreichen? Nur dadurch, daß **die Betriebsbelegschaften auf der ganzen Linie den Gewerkschaftsinstanzen gegenüber diese Forderung vertreten, daß die Betriebe die Konzentration der Kräfte verlangen und durch ihren gemeinsamen Druck durchsetzen.** Voraussetzung dafür ist, daß die Belegschaften trotz des Unternehmerterrors wieder so weit aktivisiert werden, daß sie sich in dem Willen einigen, für die Gewerkschaftsbündnisse einzutreten und geschlossen hinter ihren Vertretern zu stehen, die sie mit der Verfechtung ihres Willens bei den ADGB.-Instanzen beauftragt haben.

Was für den direkten Kampf gegen die Unternehmerverbände gilt, gilt genau so für den politischen **Kampf gegen die Luther-Regierung,** die ja mit den Machtmitteln des kapitalistischen Staates die Unternehmeroffensive unterstützt. Wenn die Arbeiterklasse politisch in gemeinsamer Front vorgehen würde, wäre sie ein gewaltiger Machtfaktor, dem keine Regierung das bieten könnte, was die heutige Luther-Regierung zu bieten wagt. Wenn sich jede einzelne Belegschaft darüber klar wird, welche entscheidende Rolle die Luther-Regierung bei der Unternehmeroffensive spielt, so wird sie begreifen, wie notwendig neben dem täglichen Kleinkrieg um die tausend Einzelheiten des Betriebes der zusammengefaßte Kampf aller Betriebe gegen die Luther-Regierung ist. Die Regierungsmaßnahmen dieses Kabinetts verursachen ja erst, daß in jedem Betrieb der einzelne Arbeiter um sein Stückchen Brot so verzweifelt kämpfen muß. Die Schlichtungsinstanzen der Luther-Regierung sprechen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen aus, die Zoll- und Steuerpolitik der Luther-Regierung verteuert dem Arbeiter seine tägliche Lebenshaltung. Die Unterstützung des Fürstenraubzugs geht auf Kosten der Werktätigen. Die Luther-Regierung tut nicht das geringste, um für das Millionenheer der Erwerbslosen wieder Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, durch **Verweigerung einer menschenwürdigen Erwerbslosenunterstützung** versucht sie gerade die Erwerbslosen für die Unternehmerpläne mürbe zu machen. Die Luther-Regierung sabotiert bewußt zugunsten ihrer antibolschewistischen Kriegspolitik die Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjet-Rußland und verhindert dadurch, daß durch russische Aufträge Hunderttausende von Arbeitern Beschäftigung finden. Der unerträgliche Unternehmerterror in den Betrieben ist nur möglich, weil er sich auf den ungeheuerlichen Polizei-, Militär- und Justizterror der Luther-Regierung stützen kann. Durch ihre Pläne, wieder eine krasse Gewaltdiktatur aufzurichten, bedroht die Luther-Regierung die deutsche Arbeiterklasse ständig mit einem **Terror-Regime nach italienischem Muster,** das noch die Seeckt-Diktatur in den Schatten stellen würde. Alle Maßnahmen der Luther-Regierung haben einschneidenden Einfluß auf die Lage eines jeden einzelnen Betriebsarbeiters. Diese Zusammenhänge müssen alle Betriebsarbeiter klar erkennen, dann wird die Aufmerksamkeit der Belegschaften nicht von den tausenden besonderen Einzelheiten des betreffenden Betriebes restlos in Anspruch genommen werden, sondern die Belegschaften werden das Ziel des Sturzes der Luther-Regierung fest ins Auge fassen. Dann werden die Belegschaften auch erkennen, daß der Weg zur politischen Aktivisierung der Betriebe trotz aller Schwierigkeiten gebahnt werden muß, daß gegen alle Widerstände Einheitskomitees gebildet werden müssen, und daß es gilt, auf die politischen Ereignisse tatkräftig zu reagieren. Die Kommunistische Partei wird den Belegschaften in allen Situationen eine zuverlässige Führerin sein. Sie wird alles tun, damit in allen Fragen ein gemeinsames Vorgehen aller Betriebe zustandekommt. Wenn die Betriebe wieder politisch voll aktiv sind, dann werden nicht wieder entscheidende Situationen zum schweren Schaden der gesamten Arbeiterklasse verpaßt werden.

Die Herbeiführung des Sturzes der Luther-Regierung bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung. Außerparlamentarisch müssen die Kräfte der Arbeiterklasse konzentriert werden, damit im gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen die brennendsten Forderungen durchgesetzt werden. Der Wahlkampf nach der Auflösung des Reichstages kann und wird zur Stärkung des Machtbewußtseins und der Kraft der Arbeiterklasse mächtig beitragen, was auf den außerparlamentarischen Kampf gegen die Unternehmeroffensive vorteilhaft zurückwirken wird. Wie schon das Volksbegehren zeigte, wird auch der Wahlkampf bestätigen, daß die Linksentwicklung der arbeitenden Schichten große Fortschritte macht. Die Kommunistische Partei wird gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen. Die monarchistische Reaktion wird geschwächt werden, die Erfolge der Arbeiterschaft werden eine Ermunterung für ihren gesamten Kampf sein, werden das Bündnis mit den Mittelschichten und den Kleinbauern stärken und so dazu beitragen, daß den Verschlechterungen Einhalt geboten werden kann und verlorene Positionen wieder zurückerobert werden können.

Das von den Kommunisten gewiesene Ziel, der vorgeschlagene Weg ist klar und verständlich. Es ist möglich, die Belegschaften der Betriebe dafür zu gewinnen, wenn dem Unternehmerterror zum Trotz die politische Aufklärungsarbeit unter den Belegschaften energisch und entschlossen fortgeführt wird, und wenn insbesondere **überall aktive Einheitskomitees** gebildet werden, die für ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen der Belegschaft Sorge tragen.

Größenwahnsinnige Reden Mussolinis

(Eig. Drahtm.) **Zürich,** 12. April.

Mussolini, der kürzlich im Stile Wilhelms II. davon sprach, **daß Italiens Zukunft auf dem Wasser läge,** setzt seine größenwahnsinnigen Reden fort. In Tripolitanien, wo außergewöhnliche Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze seiner Person getroffen wurden, sagte er in seiner Rede: „Von Afrika ging einst das italienische Imperium aus, als Julius Cäsar von Aegypten nach Rom zurückkehrte. Nehmen wir diese Tatsache für eine Bürgschaft einer großen Zukunft. Das Mittelmeer war schon einmal ein **römisches Meer.** Wir hoffen, die **Wiederkehr dieser Zeit zu erleben.**"

Dann überbrachte er die Grüße des Königs, dem Lande, das **„ewig italienisch bleiben wird"**

Militäraufstand in Saloniki

200 Frauen und Kinder getötet

Griechenland hat seinen kleinen „Mussolini". Das ist der Diktator **Pangalos,** der im August 1925 nach einem Militäraufstand die Diktatur ausrief. Nun sollte am vergangenen Sonntag durch **Terrorwahlen die „Präsidentschaft" des griechischen Diktators Pangalos** bestätigt und gesichert werden. Jedoch im Lande wuchs die Opposition, die durch Wahlenthaltung gegen den Wahlterror protestierte. Als Pangalos trotzdem an den Diktatur-Wahlen festhielt, brach jetzt in der Nacht vom 8. April in **Saloniki ein Militäraufstand** aus, über den das Kriegsministerium beruhigende Meldungen in die Welt schickte, daß es sich lediglich um einen Aufstand „unzufriedener" Truppen handelt, der sich „keineswegs" gegen die Regierung richte.

Neuere Meldungen indessen bestätigen die Vermutung, daß eine umfangreiche Aktion im Gange ist. Aufständische Truppen in Stärke von 5000 Mann mit Geschützen besetzten am Freitag unter Führung des früheren Generalstabschefs des Diktators und des Kommandanten des 3. Fußartillerieregiments, die bisher als Freunde Pangalos galten, die Höhen von Saloniki und überreichten dem Kommandanten von Saloniki die folgenden Forderungen:

1. **General Pangalos muß sofort zurücktreten;**
2. **es muß eine neutrale Regierung eingesetzt werden;**
3. **müssen freie Wahlen für die Präsidentschaft der Republik durchgeführt werden. Bis dahin müsse Admiral Kundoriois Präsident der Republik bleiben. Falls diesen Forderungen nicht entsprochen werde, droht Major Karafulas, Saloniki zu bombardieren.**

Daraus geht ganz klar hervor, daß die Aufstandsbewegung **politischen** Charakter hat und die erste Auflehnung gegen das Gewaltregiment Pangalos darstellt.

Die weiteren Telegramme aus Griechenland sind außerordentlich widersprechend. **Offizielle** Meldungen berichten, daß der Aufstand angeblich **bereits vollständig niedergeschlagen** sei. In Saloniki soll die Ordnung wiederhergestellt sein. Die siegreichen Regierungstruppen führen umfangreiche **Verhaftungen** durch. Die Führer der Meuterer würden schon in den nächsten Tagen vor ein **Kriegsgericht** in Athen gestellt. Während der Kämpfe zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen haben zahlreiche **Flugzeuge Fliegerbomben** auf Saloniki abgeworfen, wodurch zirka **200 Personen (Frauen und Kinder) getötet oder verwundet** wurden. Die Zahl der Opfer wird **geheimgehalten.**

Andere Meldungen aus **Sofia** besagen jedoch, daß sich nur **ein Teil der Meuterer ergeben habe,** während sich das Gros hinter Saloniki zurückgezogen habe. Außerdem soll auch in **Janina** und auf dem **Peloponnes ein Aufstand ausgebrochen** sein. Auch die Aufständischen unter Führung von **Plastiras** besäßen Flugzeuge, die der Regierungsflotte erhebliche Verluste beigebracht hätten. Von der bulgarischen Grenze treffen Nachrichten ein, daß **Behörden der Regierung Pangalos aus zahlreichen Orten nach Bulgarien geflüchtet seien.**

Aus diesen widersprechenden Nachrichten ersieht man also bis jetzt lediglich **die ganze politische Unsicherheit in Griechenland.** Ganz gleich, ob nun der erste, lokale Aufstand niedergeschlagen ist oder nicht, **muß man fast mit Bestimmtheit darauf rechnen,** daß Griechenland **am Vorabend eines allgemeinen Bürgerkrieges** steht.

Der alltägliche Verfassungsbruch in Bayern

Wieder polizeiliche Aushebung einer legalen Parteikonferenz der KPD. mit Verhaftung von Abgeordneten

(Eig. Drahtm.) **München,** 12. April.

Sonntag morgen wurde durch ein großes Aufgebot von Kriminal- und bloßer Polizei in Augsburg eine kaum begonnene Sitzung des Landesausschusses der Kommunistischen Partei für Bayern aufgehoben. Mit gespannten Revolvern drangen die Beamte ins Lokal ein und erklärten sämtliche Teilnehmer für verhaftet. Unter den Teilnehmern befanden sich drei Reichstagsabgeordnete, Stöcker, Buchmann und Meyer-Franken, und drei Landtagsabgeordnete, Grönsfelder, Bücks und Baumgärtner. Erst nach energischen Vorstellungen und Protest gegen den Verfassungsbruch wurden nach 1½ Stunden die Abgeordneten freigelassen und nach 2½ Stunden die übrigen Teilnehmer, nachdem ihnen eröffnet war, daß eine Fortführung der Konferenz eine erneute Verhaftung zur Folge hätte. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen lediglich die für Bayern aktuellen Fragen der Verschärfung der Gemeindeverfassung und der gesamten Vereinfachung der Staatsverwaltung. Eine Diskussion dieser Frage wurde von der Polizei verhindert mit der Begründung, daß sie die „Vorbereitung eines Hochverrats" bedeuten könnte.

Nachprüfung aller Urteile, an denen Verbrecher Jürgens mitgewirkt

Berlin, 12. April.

Nach Bekanntwerden der Beschuldigungen gegen Landgerichtsdirektor Jürgens hatte die Kommunistische Partei bekanntlich im Preußischen Landtag einen Antrag gestellt, der die Amnestierung aller Verurteilten verlangt, in deren Prozeß Jürgens fungiert hat. Der Rechtsausschuß des Preußischen Landtages hat nunmehr, wie der „Montag-Morgen" erfährt, folgenden Beschluß gefaßt.

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. Bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sämtliche Verfahren des Staatsgerichtshofes, in denen Landgerichtsdirektor Jürgens amtlich tätig gewesen oder als Zeuge oder Sachverständiger vernommen worden ist, daraufhin nachgeprüft werden, ob den Angeklagten durch die Mitwirkung des Landgerichtsdirektors Jürgens ein Nachteil irgendwelcher Art entstanden ist, und daß, wo dies der Fall ist, das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet oder aber bei rechtlicher Unzulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens weitestgehende Begnadigung gewährt wird;

2. in eine Prüfung darüber einzutreten, wieweit die dienstlichen Handlungen des Landgerichtsdirektors Jürgens während des Krieges und nach dem Kriege Anlaß zu strafrechtlichem oder disziplinarischem Einschreiten geben.

Die Berliner „Welt am Abend" stellt fest, daß Jürgens Verbrechen im Kriege Amtsmißbrauch sind, auf denen als Strafe Zuchthaus steht. Die Militäramnestie von 1918 schloß derartige Verbrechen ausdrücklich aus, so daß Jürgens zu Unrecht amnestiert ist. Wie die „Welt am Abend" erfährt, wird die kommunistische Landtagsfraktion in dieser Angelegenheit eine Anfrage einbringen.

Hitler als Drahtpuppe der Schwerindustrie

Sein Debut in Altenburg trotz Redeverbots

Hitler hat gestern zum ersten Male wieder in öffentlicher Versammlung in Altenburg in Thüringen gesprochen. Bekanntlich hat Hitler ein Redeverbot, solange seine Bewährungsfrist läuft. Während sogar Bayern dieses Redeverbot, allerdings aus partikularistischen Gründen aufrechterhält, gestattet es die **Thüringer Faschistenregierung,** daß dieser Maulheld wieder große Töne von sich geben darf.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten", **das größte Blatt der sächsischen Schwerindustrie,** bringt diese Rede Hitlers auf der **ersten Seite unter der dreispaltigen Ueberschrift „Hitler in Altenburg".** Aufmachung und Inhalt bedeuten ein einziges Lob für diesen Demagogen. Zuerst entrüstet man sich über die **Maulkorbverfügungen,** die immer noch gegen Hitler bestehen, um dann festzustellen, daß die Rede Hitlers eine **erfreuliche Ueberraschung** darstelle.

Diese Ueberraschung ist so aufzufassen, daß Hitler ganz **im Sinn und Interesse der deutschen Schwerindustrie** spricht und zu handeln gelobt. Bekanntlich waren Hitler und die Seinen bis kurz vor dem Putsch 1923 die **Lieblingsknaben der deutschen Schwerindustrie** und sind von ihr großgezogen worden. Dann kam eine Ebbe ein, die jetzt **ihr Ende gefunden** zu haben scheint. Das Lob und die Wichtigkeit, mit der das Debut Hitlers bedacht wird, ist der Beweis dafür.

Die gesamte Arbeiterschaft hat **größte Aufmerksamkeit** dieser Tatsache zuzuwenden. Nicht noch einmal darf es diesem von der Schwerindustrie großgepäppelten Maulhelden gelingen, seine gegenrevolutionären Putsche aufzuziehen. **Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten"** melden, ist es zu **Zusammenstößen zwischen Roten Frontkämpfern** und **Faschistenjünglingen** gekommen. Nähere Nachrichten hierüber liegen noch nicht vor.

„Hie teutsche Männer allewege!"

Unterschlagungen im „Reichsbund Schwarzweißrot"

In Würzburg enthüllte sich dieser Tage vor dem Landgericht wieder ein schwarzweißroter Korruptionsskandal, der im kleineren Maßstab von der gleichen Sorte wie der schwarzweißrote „Volksopfer"-Skandal ist.

Die Söhne des Geschäftsführers des „Reichsbundes Schwarzweißrot", Theodor und Rudolph Edelmann, ließen sich für die Einkassierung der Mitgliedsbeiträge von ihrem Vater nicht nur eine „bescheidene" Provision von 25 Prozent geben, sondern **unterschlugen noch 2200 Mk.** Die „sammelnden Herren" fälschten die Beträge auf den Listen zuerst in die Höhe, um höhere Provisionen zu erhalten, und änderten sie dann später in geringere Beträge ab, um weniger Geld abliefern zu müssen.

Die beiden faschistischen Defraudanten fanden — natürlich! — sehr milde Richter und kamen mit 9 und 3 Monaten Gefängnis davon. Daß das Gericht in der Urteilsbegründung feststellte, der Vater der beiden Defraudanten trage durch seine „Unterstützung ihres verwerflichen Tuns" die **Hauptschuld,** ist kein Hindernis, daß dieser saubere Herr **weiterhin der Geschäftsführer des „Reichsbundes Schwarzweißrot" geblieben ist.**

Gemeinsames Vorgehen kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter gegen den Stahlhelm

(rxp.) **Gelsenkirchen.** Der „Stahlhelm" hatte in der vergangenen Woche zu einer Versammlung der Staats- und Gemeindearbeiter aufgerufen. Für diese Versammlung, in der eine **Stahlhelmliste für die kommenden Betriebsratswahlen** aufgestellt werden sollte, wurde sowohl in der bürgerlichen Presse wie in den Gemeindebetrieben recht kräftig Propaganda gemacht. Die Propaganda hatte auch den gewünschten Erfolg, lange vor Beginn hatten sich über 100 Staats- und Gemeindearbeiter eingefunden. **Vom „Stahlhelm"** waren ganze **vier Mann anwesend.** Da diese aber keine Anstalten machten, die von ihnen einberufene Versammlung zu eröffnen, übernahmen **kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter** die Versammlung und führten sie in ihrem Sinne durch. Da verzogen sich die vier Stahlhelmer. Die Versammlung beschloß, energisch **gegen alle Versuche, gelbe Listen für die Betriebsratswahlen aufzustellen, zu kämpfen.** Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Betriebsversammlung der städtischen Betriebe Gelsenkirchens lehnt mit aller Entschiedenheit die Bestrebungen der national-christlichen Kreise ab und wird weiteren Versuchen geschlossenen Widerstand entgegensetzen. Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen das Gebaren des städtischen Bauführers Paul, der diese nationalistische Verhetzung in seiner Amtstätigkeit unterstützt und verlangt von der Stadtverwaltung sofortiges Einschreiten. Die Versammlung gelobt, einmütig die **Betriebsratsliste des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes zu wählen.**"

Die proletarische Linksströmung im Reichsbanner

Die monarchistischen Reaktionäre sehen mit immer größerer Besorgnis, daß im Reichbanner eine proletarische Opposition wächst, die sich der roten Klassenfront näheri. So schreibt in „Wehr und Vaterland" (Beilage zur „Deutschen Zeitung") der Vorsitzende der „Vereinigten Vaterl. Verbände Deutschlands" Graf v. d. Goltz:

„Alle einsichtigen Bundsfürsten sind entsetzt über die neu auftauchende bolschewistische Gefahr und nur einige Demokratenblättes hoffen noch, mit Geld die roten Freunde weiter beeinflussen zu können. Doch ein großer Teil des Reichsbanners will von den „Bourgeois" nichts mehr wissen, ihr Ueberlaufen zum Roten Frontkämpferbund scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein."

Die Angst des Baltikumer-Generals vor dieser Entwicklung dürfte den oppositionell gestimmten Reichsbanner-Arbeitern nur ein neuer Beweis sein, daß sie auf dem **richtigen** Wege sind.

Geßlers Brauselimonade und die Brauselimonade im „Volksblatt"

In der Sonnabendausgabe vom 10. April wird im „Volksblatt" einer jener Artikel geschrieben, die lediglich dazu da sind, um Füllmaterial zu liefern, Radikalität zu heucheln und die Eitelkeit des Schreibers spazieren zu führen. Der Artikel hat die Ueberschrift „Kein Staatsmann" und handelt von Geßler. Die einzig konkreten Sätze, die dieser Artikel enthält, lauten:

„Die Fahne seines Ressorts ist immer noch die **schwarzweißrote.** So heftig Herr Geßler auch auf Parteitagen für Schwarzrotgold erglühen möge. In seinen Amtsstuben laufen die **Fäden der Mörderorganisationen** hinein, und seine Mitarbeiter haben mit grinsendem Behagen bisher **alle Versuche, der Republik das Genick zu brechen, beobachtet.** Seine Generale haben ihm nach Belieben den Gehorsam verweigert, und eine von Geßler vorangetragene Fahne im Kampf um die Republik war nirgends zu sehen. Kapitulation in Bayern, Kapitulation in Pommern, Kapitulation in Berlin, **Kapitulation vor der weißen und — dreimal geflucht sei es — Kapitulation vor der schwarzen Reichswehr;** das ist das Signum, in dem der Minister „von Ewigkeit zu Ewigkeit" seine Parteitagsfahne verborgen hält."

Interessante Tatsachen, die dort mitgeteilt werden! Obwohl es Tatsachen sind, die bereits jeder politische ABC-Schütze weiß! Aber wir stellen eine andere Tatsache diesen Tatsachen gegenüber. Vor zirka drei Wochen hatte es die Partei des „Volksblattes" in der Hand, dem Minister „von Ewigkeit zu Ewigkeit", dem Vater der schwarzen Reichswehr, dem Beschützer der Fememordorganisationen, dem Monarchisten im schwarzweißroigoldenen Gewand den Garaus zu machen. Was aber geschah? **Das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen Geßler und seinen Etat wurde mit Hilfe der SPD. und der bürgerlichen Parteien niedergestimmt.** Darüber hinaus **bewilligte die SPD. den Etat des Reichswehrministeriums und stellte dadurch Herrn Geßler ein Vertrauensvotum aus.** Hat der Schreiber des „Volksblatts" diese „feine" Tatsache vergessen? Der Schreiber des „Volksblattes" schließt seinen Sermon über Geßler mit dem Satz: „Seine Politik ist darum **keine Führung, und seine Reden sind Brauselimonade.**" Uns scheint dieser Satz haarscharf auf die SPD.-Presse und -Politik zuzutreffen: „Keine Führung" — „Brauselimonade".

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber, die diesen Geßler-Artikel zu Gesicht bekommen und sich der **Bewilligung des Reichswehretats** erinnern, werden gegen diese Politik der Brauselimonade genau so ihr **„Dreimal verflucht sei es"** entgegensetzen, wie das der Schreiber des „Volksblattes" dem System Geßler gegenüber tut. Nur werden sie es nicht mit Worten tun, **denen die entgegengesetzten Taten vorangegangen sind,** sondern ihre Worte und ihr Wille werden **einheitlich und ohne Doppelzüngigkeit** sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Ortskartell Halle des ADGB.

Nach reichlich langer Pause hatte der Kartellvorstand die Delegierten zum 8. April eingeladen, um Stellung zu nehmen zum 1. Mai und sich ein Referat des Direktors der Arbeiterbank in Berlin, B. Mayer, anzuhören über Wesen und Ziele der Arbeiterbank. Genosse Lüttich stellte zur Geschäftsordnung mit Befremden fest, daß in der ersten Sitzung des Kartells, nachdem die Gewerkschaftsvorstände neu gewählt sind, nicht die Neuwahl des Vorstandes behandelt wird und beantragt, diesen Punkt mit dem Bericht des Kartellvorstandes von den Jahren 1924 und 1925 auf die Tagesordnung zu setzen. Sorgenfrei erklärt im Namen des Vorstandes, daß dem Antrag Lüttich **in der nächsten, im Mai stattfindenden Sitzung**, stattgegeben würde. In dieser Sitzung sei eine Abstimmung nicht möglich, da außer den Delegierten die Gewerkschaftsvorstände der AfA. und des Beamtenkartells anwesend seien (mit diesen mußte man sich nämlich eine Mehrheit für die Abstimmungen zum 1. Mai sichern). Wenn Sorgenfreis Erklärung demagogisches Spiel sein sollte, so wird es der nächsten Sitzung vorbehalten bleiben, die Neuwahl des Kartellvorstandes zu erzwingen.

In der Diskussion über die Arbeiterbank sprach Genosse Berger. Er stellte fest, daß die Geschäfte der Arbeiterbank, so wie sie vom Referenten dargestellt wurden, für die Arbeiterbewegung in vielen Fällen zum Schaden sind. An Hand der Zeitschrift „Arbeit", herausgegeben vom Bundesvorstand des ADGB., konnte Genosse B. nachweisen, daß selbst in führenden Kreisen Differenzen über das Wesen der Arbeiterbank bestehen. Rößler (Bezirksleiter im DMV.) versuchte, ähnlich wie der „Volksblatt"-Bericht, Berger lächerlich zu machen. Diese Manieren scheint sich Rößler bei seinem Besuch in „Café David" angeeignet zu haben. Beim Schlußwort des Referenten konnte jeder objektiv Denkende feststellen, wie berechtigt die Bedenken des Genossen Berger waren.

Zum 1. Mai wurde, wie schon im „Klassenkampf" vom 9. April berichtet, beschlossen.

Die hallischen Buchdrucker zum 1. Mai

Lohnabbau-Offensive bei der „Halleschen Zeitung"

Die Buchdrucker nahmen am Freitag in ihrer Monatsversammlung Stellung zur **Maifeierfrage**. Nach einiger Debatte, in der völlige Arbeitsruhe am 1. Mai gefordert worden war, wurde mit 107 gegen 69 Stimmen beschlossen, eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, daß letztere entscheidend beschließen solle, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, daß bei der Urabstimmung nicht 66⅔ Prozent, sondern die absolute Mehrheit entscheiden solle. Die hallischen Buchdrucker müssen also nun in der Urabstimmung zeigen, daß sie nicht hinter ihren Berliner Kollegen nachstehen werden, um so mehr, als auch das Gewerkschaftskartell Halle sich für völlige Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen hat.

Unter „Verschiedenem" wurde vom Vorsitzenden über einen Vorstoß der **„Halleschen Zeitung"** zwecks **Lohnabbau** bei den dort beschäftigten Buchdruckern berichtet. Die Firma wollte systematisch die Löhne kürzen; zunächst bei einem Teil des Personals, um dann allgemein zum Lohnabbau übergehen zu können. Infolge des Widerstandes des Personals und durch das Eingreifen der Organisation wurde der Lohnabbau vermieden, doch hat die Firma nun aus Rache **fünf Mann des Personals gekündigt**. Die Versammlung nahm entrüstet von den Vorgängen Kenntnis und erklärte sich mit den schärfsten Maßnahmen gegen die „Hallesche Zeitung" einverstanden.

DLV.-Mitgliedschaft gegen Statutenverletzung durch den Hauptvorstand

Für klare Einheitsfront im DLV.

Am 13. März 1926 fand in **Beesenstedt** eine Mitgliederversammlung des **DLV.** statt, die sich lebhaft gegen die arbeiterfeindlichen und verbandsschädigenden Handlungen des Hauptvorstandes aussprach. Es wurde eine Resolution angenommen mit folgendem Inhalt: Die statutarischen Bestimmungen sind da, um von jedem Verbandsmitglied eingehalten zu werden. Sie **erübrigen diktatorische Sonderbestimmungen**, wie sie von der Bureaukratie herausgegeben werden. Im Statut ist festgesetzt, daß der **Verbandsbeitrag einen Stundenlohn** betragen soll. Der jetzige Beitrag aber ist höher als der Stundenlohn, so daß der Vorstand, wenn er an der Beitragshöhe festhalten und nicht gegen das Statut verstoßen will, unbedingt einen Lohnkampf organisieren muß, statt, wie so oft schon, die Lohnforderungen und Kämpfe abwürgen zu helfen. Es wird ausgesprochen, daß diese Nichtbeachtung des Statuts durch den Hauptvorstand statt verbandsfördernd nur **verbandsstörend** sich auswirkt.

Die Ortsgruppe Beesenstedt des DLV. appelliert an alle Ortsgruppen im Reich, daß sie in demselben Sinne Stellung nehmen und eine **einheitliche Kampffront** gegen alle Unternehmerschikanen und Vorstöße errichten, damit der DLV. sich vom Landbund und vom christlichen Zentralverband der Landarbeiter auch wirklich als Klassenkampforganisation abhebt.

*

Der Appell der Beesenstedter Landarbeiterschaft darf nicht ungehört bleiben. Er muß den Auftakt bilden zum **Wiederaufblühen einer regen Landarbeiterbewegung**, die ihren festen Kern hat im DLV.

Der DLV.-Hauptvorstand hat Verbandstagsanträge unterschlagen

Die Zahlstelle Perdoel (Schleswig-Holstein) des DLV. hat zum Verbandstag eine Reihe Anträge eingereicht, die dem Verbandstag zur Beschlußfassung nicht vorgelegt wurden. Der erste Antrag fordert, „daß der DLV. in keiner Form mehr eine Arbeitsgemeinschaft mit den Klassengegnern eingeht" und sich „für die sofortige Auflösung der Technischen Nothilfe" einsetzt. Ein weiterer Antrag verlangt Wiederaufnahme „sämtlicher wegen oppositioneller, revolutionärer Tätigkeit ausgeschlossenen Kollegen", sowie „eine große Kampagne zur Organisierung der unorganisierten Kollegen in Gemeinschaft mit dem ADGB., SPD. und KPD. über das ganze Reich einzuleiten". Des weiteren wird die „Entsendung einer Delegation des Verbandes nach Rußland" gefordert und entschiedenes Eintreten für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit verlangt. Ein weiterer Antrag sucht den Hauptvorstand festzulegen auf die Durchführung des Volksentscheids zur restlosen Enteignung der Fürsten.

DLV.-Mitglieder! Fordert vom Verbandsvorstand Antwort, warum er in satzungswidriger Weise die Anträge dem Verbandstag vorenthalten hat.

Ein völkischer Gärtnerverband

Unter dem Namen „Reichsverband deutscher Privatgärtner" (Sitz Berlin) wurde ein völkischer Laden aufgemacht, in dem die Gärtner und Gartenarbeiter für die völkische Bewegung eingefangen werden sollen. Vorsitzender dieses „Verbandes" ist ein gewisser Fritz Jaenisch, Seehof bei Berlin. Die literarischen Ergüsse zur Verbreitung und Gründung des „Verbandes" veröffentlichte Jaenisch in der völkisch-antisemitischen „Gärtnerischen Rundschau", die auch eifrig gegen die Fürstenenteignung wettert. Wir warnen alle Gärtner und Gartenarbeiter vor der Jaenisch-Organisation.

Protestbewegung der Feuerwehrleute

Wiedereinführung des 24-Stunden-Dienstes

Der Bezirksverband Essen des **Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner** hat in einer Versammlung über das Thema „Wachtdienst der Berufsfeuerwehr" folgende Entschließung gefaßt:

„Durch Verfügung der Stadtverwaltung vom 19. Juli 1924 wurde die Dienstzeit der Beamten und Angestellten der Berufsfeuerwehr Essen trotz großen Protestes von ununterbrochener 24stündiger Dienstzeit mit darauffolgender 24stündiger Freizeit auf ununterbrochenen 36-Stunden-Dienst mit darauffolgender 24stündiger Freizeit verlängert. Die 24stündige Freizeit ist außerdem noch mit Theaterwachen besetzt. Einschließlich der Belastung der freien Tage leisten die Feuerwehrleute **wöchentlich 104 Stunden Dienst und haben 64 Stunden Freizeit**. Die Kommunalbeamten und auch die preußischen Beamten leisten wöchentlich 48 Stunden Dienst und haben 120 Stunden Freizeit. Gegen die ungleiche und ungerechte Behandlung, die in der Aufbürdung langer, jedes vernünftige Maß übersteigender Dienstzeit liegt, erheben die versammelten Beamten und Angestellten der Berufsfeuerwehr Essen aufs neue den schärfsten Protest. Die Essener Feuerwehrleute erwarten von der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung, daß auch ihr Protest nicht ungehört verhallt, daß vielmehr das ihnen durch die verlängerte Dienstzeit zugefügte Unrecht durch die **Wiedereinführung des 24-Stunden-Dienstes** gutgemacht wird."

Lohnabbaudiktat der württembergischen Holzindustriellen

Die Stuttgarter Holzindustriellen haben in sämtlichen Betrieben einen Anschlag angebracht, nach dem **der Tariflohn von 94 Pf. auf 86 Pf. reduziert** wird. Diese Provokation erfolgte unter Ausnützung des tariflosen Zustands, der seit einigen Wochen in der Stuttgarter Holzindustrie herrscht. Die Stuttgarter Holzarbeiter sind zu mehr als 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert, so daß der DHV. in der Lage wäre, die Unternehmerprovokation mit größter Kraft zurückzuschlagen.

Aus Mussolinien

Die Auslieferung des Buchdruckerverbandes an die Faschisten

(RGB.) Wir haben bereits mehrmals über die schändlichen Bemühungen des Generalsekretärs des Buchdruckerverbandes, Tommaso Bruno, zur Auslieferung seines Verbandes an die Faschisten berichtet (I. RGB. Nr. 10 und Nr. 4). Im Februar wurde eine Delegiertenkonferenz des Verbandes über den endgültigen Anschluß an die faschistische Korporation beschlossen, die jetzt stattgefunden hat. Ihr Ergebnis gehört zu den schwärzesten Blättern der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung. Mit Zweidrittelmehrheit wurde beschlossen, in den faschistischen Gewerkschaftsbund einzutreten.

Das ist das Ergebnis der systematischen Minierarbeit der Faschistenagenten innerhalb der freien Gewerkschaften. Mit dem „Gewerkschaftsführer" Tommaso Bruno an der Spitze, bemühte sich eine Clique von Gewerkschaftsbureaukraten seit langer Zeit, den Verband zu den Faschisten herüberzuziehen. Die freigewerkschaftlichen Spitzen, die stets ein wachsames Auge haben, wenn es gilt, Kommunisten aus den Verbänden auszuschließen, haben die Tätigkeit dieser Faschistenagenten stillschweigend geduldet, ja gefördert. So konnte es kommen, daß die Delegiertenkonferenz in ihrer Mehrheit aus Kreaturen der Faschistenfreunde zusammengesetzt war.

Die Minderheit der Konferenz, die aus klassenbewußten Arbeitern bestand, erklärte, diesen schändlichen Streich nicht mitzumachen, und beschloß, den freigewerkschaftlichen Verband mit Hilfe der lokalen und Bezirksarbeitskammern wiederaufzubauen. 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker stehen hinter dieser freigewerkschaftlichen Minderheit. Die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie aber hindert die Aktion dieser Arbeiter zur Erhaltung des freigewerkschaftlichen Verbandes, indem sie die Tätigkeit der lokalen Bezirksarbeitskammern (Gewerkschaftskartell) unterbindet, nur weil in diesen Organisationen der Wille der klassenbewußten Arbeiter zum Ausdruck kommt.

In Essen alle Bauarbeiter im ZGB.

(Eig. Drahtm.) Essen.

Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat sich mit dem 1. April aufgelöst, sämtliche Kollegen sind zum Baugewerksbund übergetreten. Damit ist für alle Bauarbeiter der Weg freigemacht zur Schaffung einer einheitlichen klassenbewußten Linie.

Neue Gewerkschaftsliteratur

1. **Die Gewerkschaftsarbeit auf dem 14. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union. Referat des Genossen M. P. Tomsky, Diskussion und Schlußwort.** Im Anhang: Informationsbrief des ZK. der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union.*)
2. **A. Losowsky: Kommunisten und Gewerkschaften.** Referat und Schlußwort auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Im Anhang: Thesen über „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung".*)

Das Referat des Genossen Tomsky und die Diskussion auf dem 14. Parteitag der KPSU. über die Gewerkschaftsfrage gibt einen Ueberblick über die zurzeit aktuellen Fragen der Gewerkschaftsarbeit in der Sowjetunion. Es ist ganz natürlich, daß die Aufgaben der Gewerkschaften in einem Staat, in dem die Arbeiter die politische Macht ausüben, in dem die wichtigsten Produktionsmittel, Betriebe usw. vergesellschaftet sind, zum großen Teil andere sind als in der kapitalistischen Wirtschaft. Im Referat wie in der Diskussion werden diese Fragen behandelt.

Die Broschüre Losowsky behandelt die Stellung und Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften sowohl im nationalen als auch internationalen Rahmen. Sie behandelt die Erfahrungen der letzten Jahre, den gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung und Schlußfolgerungen für die Zukunft. In den vom Plenum des EKI beschlossenen Thesen ist die Linie der künftigen Gewerkschaftsarbeit klar vorgezeichnet. Kein Genosse, kein Gewerkschafter darf es versäumen, sich mit diesen wichtigen Fragen bekannt zu machen. Die Broschüre gibt wichtigstes Material, insbesondere auch über die Fragen der internationalen Gewerkschaftseinheit, Stellung der Gewerkschaften der Sowjet-Union zum Amsterdamer Gewerkschaftsbund, und zerstört alle diesbezüglichen Ammenmärchen der Amsterdamer.

*) Führer-Verlag, Berlin NW. 6, Charitéstraße 7. Preis der Organisationsausgabe für beide Broschüren je 0,60 Mk. Org.-Ausgabe zu beziehen durch die Buchhandlungen der Vipa.

Der Kampf um den Achtstundentag

Anläßlich des kommenden 1. Mai, an dem die Arbeiterschaft geschlossen für den Kampf für den Achtstundentag aufmarschieren wird, bringen wir einen Auszug über diese Frage aus dem Referat des Genossen Georg Schumann „Der Kampf um den Achtstundentag und die Sozialpolitik" auf der letzten Zentralratssitzung der KGJ.

Wir wissen, daß in Europa eine Reihe Betriebe schon vor dem Kriege, aus sozialen Stimmungen heraus, den Achtstundentag eingeführt haben. Ich erinnere dabei an die Firma Zeiß in Jena, die Firma Bosch in Stuttgart und andere. Damals gab es noch Debatten über die moralischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen des Achtstundentages, Fragen, die ich heute nicht zu berühren brauche. Die Arbeiterschaft wie das Unternehmertum sind sich über die Bedeutung des Achtstundentages völlig klar. Ich will nun im Laufe meines Referates nachweisen, welche Rolle die Frage der Arbeitszeit im Kampfe zwischen Arbeit und Kapital spielt.

Wir wissen, daß bei der Gründung der Zweiten Internationale im Jahre 1889 in Paris die Forderung des Achtstundentages als eine der vornehmsten Forderungen aufgestellt wurde, für die auch an jedem 1. Mai demonstriert worden ist. Diese Bewegung ist in der Zeit bis zum Kriege sogar in die Kolonialländer hinübergedrungen. Mit der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages war es schlecht bestellt, wenn man einen Teil von Ausnahmen abrechnet. Aber nach dem Ausbruch der russischen Revolution, nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges sehen wir die Gewährung des Achtstundentages in einer ganzen Reihe europäischer Staaten, ohne daß die Arbeiterschaft um diese Forderungen besonders politisch oder gewerkschaftlich gekämpft hätte. Die

Uebersicht über die gesetzliche Einführung des Achtstundentages

die der Genosse Leder in seiner Broschüre „Der Achtstundentag" zusammengestellt hat, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Achtstundentag zunächst gesetzlich eingeführt wurde in Rußland und Finnland im November 1917. Dann folgt am 14. August 1918 Norwegen. Erst nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges folgen Polen, Deutschland und Luxemburg, nämlich am 23. November 1918. Am 14. Dezember 1918 die Tschechoslowakei und Oesterreich auch an dem gleichen Tage. Am 19. Dezember 1918, und später, Anfang 1919, Dänemark, Spanien, Frankreich, Portugal, die Schweiz, Serbien, Kroatien, Slowenien, Schweden, und am 1. November 1919 als letztes Land Holland. Also eine ganze Reihe Staaten, in denen, wie Sie aus der Geschichte wissen, damals besondere Kämpfe um den Achtstundentag nicht geführt wurden, sondern infolge der revolutionären Welle die Regierungen den Achtstundentag gesetzlich bewilligten, um diese Welle abzuschwächen und um die Arbeiter zu beruhigen. Oft genug wurde von den Kapitalisten offen gesagt, und es wurde auch bei den Vorbereitungen des Völkerbundes zur Washingtoner Konferenz im Jahre 1919 erklärt: sie rechneten damals jeden Tag damit, von den Arbeitern gestürzt zu werden. Auch ein französischer Industrieller erklärte: „Wir müssen damals alles versuchen, um die bolschewistische Welle abzuhalten. Schon diese beiden Aussprüche, denen man noch viele hinzufügen kann, zeigen, um was es sich handelte. Nicht aus Liebe zum Achtstundentag, nicht aus moralischen oder anderen Gründen wurde der Achtstundentag eingeführt, sondern um die Arbeiter abzuhalten, ernsthaft ihre eigene Zukunft in die Hand zu nehmen. Das geht auch deutlich daraus hervor, daß England und die Vereinigten Staaten überhaupt bis heute niemals den gesetzlichen Achtstundentag eingeführt haben. Im Gegenteil, England hat noch im November vorigen Jahres die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens abgelehnt. Bei der Eröffnung der Washingtoner Arbeitskonferenz 1919 fand der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, sehr heuchlerische und menschenfreundliche Worte. Es sei Aufgabe dieser Konferenz, dauernd den Arbeitern und Armen Wohltaten zu erweisen. Im weiteren Verlaufe meines Referats werde ich noch nachweisen, wie gerade die Regierung dieses Landes, das doch ein reiches Land ist, in allen diesen sozialpolitischen Fragen gar nicht daran denkt, den Arbeitern im eigenen Lande Wohltaten zu erweisen, und nicht daran denkt, die Arbeitszeit zu beschränken. Alle diese Reden wurden nur aus Angst vor der bolschewistischen Revolution gehalten. Von England wissen wir, daß es jenes Land in Europa war, das unter den Folgen des Weltkrieges am wenigsten gelitten und die Wirkung der Geldentwertung am wenigsten gespürt hat; später erst ist diese Wirkung eingetreten. Auf der

Washingtoner Konferenz

wurde ein Beschluß gefaßt, eben dieses Abkommen gesetzlich in allen Ländern einzuführen. In dieser Zeit führten die Reformisten den Kampf um die Anerkennung des Washingtoner Abkommens. Wie sie ihn führen, ist eine zweite Sache. Aber es hat kaum ein demokratisches noch ein monarchistisches Land überhaupt dieses Abkommen ratifiziert. Nur drei Länder haben dies getan, und wenn ich sie nenne, werden Sie sofort erkennen, daß sie nicht besonders maßgebend gewesen sind. In erster Linie Griechenland am 19. November 1920, an zweiter Stelle im Juli 1921 Indien, und an dritter Stelle die Tschechoslowakei. Das sind nach dem letzten Bericht des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die drei Staaten, die das Abkommen endgültig ratifiziert haben. Aber schauen wir nach Griechenland. Im Vertrag wurde ein besonderer Paragraph 12 aufgenommen, der für Griechenland die Anwendung des gesamten Abkommen für einen Teil seiner Industrie bis auf den 21. Juli 1923 hinausschob (Druckereien, Papierfabriken, Gerbereien, Gießereien, Sägewerke, Glasbläserei usw.), und für die Hauptteile der Industrie sogar um noch ein weiteres Jahr, bis zum 21. Juli 1924 (Maschinenindustrie, Baugewerbe, Textil-, Nahrungsmittel-, chemische, Holz-, Lederindustrie usw.). Also, das Washingtoner Abkommen konnte ratifiziert werden, weil es für die nächsten Jahre von 1919 bis 1924 überhaupt nicht in Frage kam. Niemand glaubt daran, daß der Achtstundentag in Griechenland besteht, jeder weiß, daß er gerade dort umgangen wird.

Für Indien ist auf der Washingtoner Konferenz auch eine Ausnahme beschlossen worden. Während nämlich für alle anderen Länder der Achtstundentag gilt, so gilt für Indien wegen der „besonderen Verhältnisse" die 60-Stundenwoche.

In der Tschechoslowakei besteht gesetzlich der Achtstundentag. Aber er wird durch die Genehmigung von Ueberarbeit so durchbrochen, daß man auch hier von einem Achtstundentag nicht reden kann. So hat der Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Tschechoslowakei selbst mitgeteilt, daß 1921 bereits 1262 Betriebe mit 209 000 Beschäftigten die Genehmigung zur Ueberarbeit für 75 000 Arbeiter erhalten haben, die allein 360 000 Arbeitstage ausmachen würde. Im Februar 1925 sind allein 511 solcher Bewilligungen für 415 Betriebe mit 110 325 Arbeitern in Geltung gewesen. In diesem Monat sind 362 neue Bewilligungen für die Uebertretung des Achtstundentages gegeben worden, so daß im Monat Februar jeder Arbeiter im Durchschnitt 27 Ueberstunden in den beteiligten Betrieben gemacht hat. Das ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß trotz Ratifizierung und trotz gesetzlicher Festlegung der Achtstundentag in Wirklichkeit nicht besteht.

Wie haben sich die anderen Staaten zu dem Washingtoner Abkommen verhalten? Es sind sechs weitere Staaten, die beschlossen haben, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren, aber nur dann, wenn gewisse Nachbarstaaten dies auch tun. Da die anderen es nicht tun, bleibt es bei diesem guten Wunsche. Wir wissen, daß Deutschland, England, Frankreich und eine ganze Reihe von Ländern Bedingungen stellen und einschließlich der Reformisten erklären, daß sie das Washingtoner Abkommen nicht ratifizieren könnten, weil es da und dort in anderen Staaten auch noch nicht geschehen sei. Die Sache ist also sozusagen auf die lange Bank geschoben.

Nebenbei ist noch zu bemerken, daß von den 55 Staaten, die dem Internationalen Arbeitsamt in Genf, dieser Internationalen Arbeitsgemeinschaft zwischen reformistischen Gewerkschaften und Unternehmern, angeschlossen sind, eine ganze Reihe, nach der Angabe des Direktors des Arbeitsamtes, über die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitszeit ihres Landes grundsätzlich keine offiziellen Berichte geben. Einer der wesentlichsten Staaten, die Vereinigten Staaten Amerikas, sind diesem Internationalen Arbeitsamt bis heute nicht angeschlossen.

Wir sehen also, daß das **Washingtoner Abkommen nur eine großspurige** war, ein Schein, eine Täuschung, ein parlamentarisches Manöver, um die Arbeiterschaft von dem wirklichen Kampf für den Achtstundentag abzuhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Sitzung der Org-Abteilung und Instrukteure von Halle am Montag, dem 12. April, abends 8 Uhr, in Halle in der Produktiv-Genossenschaft. Kein Genosse darf fehlen in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Radefeld. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Gasthof. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Max Wille, Schkeuditz.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Sandersdorf-Zscherndorf. Gemeinsame Mitgliederversammlung Montag, 12. April, abends 8 Uhr, im Lokal Winkler in Sandersdorf. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse H. Müller, Bitterfeld.

Brehna. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, in der „Erholung". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.

Piesteritz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent von BL. ist anwesend.

Roitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, in der „Quelle". Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.

Muldenstein-Friedersdorf. Gemeinsame Mitgliederversammlung Donnerstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Bahnhof. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Müller, Bitterfeld.

Zschortau-Crostitz. Gemeinsame Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. April, abends 8 Uhr, im Gasthof Sonntag in Zschortau. Tagesordnung Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Baumgärtel, Delitzsch.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Schildau-Sitzenroda, Kobershain. Gemeinsame Mitgliederversammlung Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Lokal Naumann in Schildau. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.

Elsterwerda-Biehla-Krauschütz. Gemeinsame Mitgliederversammlung Mittwoch, den 14. April, abends 8 Uhr, in der „Guten Quelle" in Elsterwerda. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Freitag, 16. April, abends 8 Uhr, beim Genossen Haake. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirksparteitag und Wahl der Delegierten. Referent Genosse Holzweißig, Torgau.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle — Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Montag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Jugendbureau Bezirksleitungssitzung. Alle dazu gehörenden Genossen müssen erscheinen.

Montag, abends ½8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Theaterprobe. Jeder Genosse, welcher in Jena mitgewirkt, hat zu erscheinen.

Dienstag, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" (Rauchzimmer) Fortsetzung des Parteikerns. Jeder ältere Genosse hat zu erscheinen.

Mittwoch. Achtung, Zehnerschaftsführer, von 6 bis 8 Uhr Abrechnung sowie Ablieferung der Fragebogen. Alle Mitglieder, welche Zeitungen zum Verkauf erhalten haben, müssen diese sofort abrechnen.

Donnerstag, 8 Uhr, im „Volkspark" Generalprobe. Alle am Theater Mitwirkenden haben zu erscheinen.

Ammendorf. Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Post" Diskussion über „Die Lehren des Jugendtages".

Ammendorf. Mittwoch, 14. April, Musikübungsstunde beim bekannten Genossen. Vollzählig erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 13. April, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, da wichtige Tagesordnung vorliegt.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, 13. April, Vortrag „Warum 2000 Arbeitslose in Zeitz" (Referent Genosse Gutjahr).

Stadt-Theater
Heute
Montag 8 Uhr
Ein Walzertraum
Dienstag 8 Uhr
„Marietta"
Mittwoch 8 Uhr
Der Mazurka-Oberst
Die 4. Rate der Dienstag-Stammkarten muß heute an der Kasse eingelöst werden

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen Sieg 7 III

Guterh. Kinderw. z. vk. Weißenfels, Kubaltr. 6 I

Zeitzer Volkschor „Konkordia-Waldhorn"
Leitung: Otto Trautmann
Freitag, den 23. April, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof"
Frühjahrs-Konzert
Carl Maria v. Weber zum 100. Todestag gewidmet
Gestorben am 5. Juni 1826
Mitwirkende: Sopransolo u. Melodram: Mie Trautmann; Sprecher: Paul Franken; Orchester: Städtisches Orchester; Orchesterleitung: Ernst Voigt; Volkschor Zeitz: Männer-, Frauen- u. Jugendchor, Chorleitung: Otto Trautmann. — **Chöre und Orchesterwerke aus „Oberon", „Freischütz", „Euryanthe" u. „Preciosa"**
Preise der Plätze: Balkon 1. Reihe 1,50 Balkon 1,00 Saalplatz 1,00 Stehplatz 0,75
436
Im Vorverkauf zu haben vom Dienstag an in der Volksbuchhandlung, beim Friseur Steffani, Weberstr., Klassenkampfbuchhandlung, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, sowie bei den Mitgliedern. Unsere Mitglieder erhalten die bestellten Plätze durch die Kassierer

Werbt für den „Klassenkampf"

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Abteilung 7. Montag, den 12. April, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Abteilungspflichtversammlung.

Bezirk 2 (Süden). Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im Lokal Neubert, Beesener Straße, Ecke Bugenhagenstraße, Bezirks-Pflichtversammlung.

Bezirk 3 (Westen). Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Bezirks-Pflichtversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Bezirks- und Abteilungsführer. Dienstag, 13. April, abends 7 bis 9 Uhr, im „Volkspark" Abrechnung der Sparmarken.

Jungfront

Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.

Bezirk 4 (Norden). Mittwoch, 14. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Bezirks-Pflichtversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 14. April, ½8 Uhr, bei Freudenberg Pflichtversammlung. Eine Stunde vorher Rote Jungfront.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Gerbstedt. Dienstag, 13. April, abends 8 Uhr, im Lichtspielhaus Filmaufführung „Sein Mahnruf".

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Piesteritz. Sonnabend, 17. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversl.

Bei dieser Witterung Seefische besser als im Winter
weil fetter und zarter im Fleisch
Dabei blutfrisch und billig

Aus Dienstag eintreffendem Kühlwaggon:
Kabeljau ohne Kopf ℔ **25** ₰
Seelachs ohne Kopf
Grüne Heringe, Norw. jetzt etwas kleiner fallend ℔ **17** ₰
Eine Delikatesse sind unsere
Riesenbismarckheringe St. 10 ₰
Riesenrollmöpse ...... St. 15 ₰

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem ₀64
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Geschäfts-Eröffnung
Einem geehrten Publikum von **Halle u. Umg.** die ergebene Mitteilung, daß ich am Dienstag, dem 13. April, **Martinstraße 5** ein
Kolonialwaren- u. Delikatessengeschäft
verbunden mit **Hausschlächterei** eröffne 1360
Spezialität:
Hausschlachtene Wurstwaren
Um gütigen Zuspruch bitten
Hochachtungsvoll
A. Nessel und Frau

WALHALLA
Dir. Paul Blüthgen
Letzte 4 Tage!
Krone und Fessel
50 Mitwirkende 50
8 Uhr Tel. 8385
Tageskasse ab 11 Uhr

Bekanntmachung

Meldung der Seminar-Uebungsschüler

Die Kinder der aufgelösten Seminar-Uebungsschule melden sich am 15. April vormittags 7 Uhr, in der Knaben- bzw. Mädchenvolksschule zur Aufnahme

Eisleben, den 10. April 1926

*1361 **Der Magistrat**

Familien-Nachrichten

Am Freitag, abends 11 Uhr, verstarb nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter
Frau
Anna Oberender
im Alter von 56 Jahren
In tiefer Trauer
Gustav Oberender u. Angehörige
Schmiedstraße 30
Einäscherung findet Dienstag nachmittags 2½ Uhr auf dem Gertraudenfriedhof statt 1363

Dank!
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen denen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank seinen Pflegeeltern und der Gemeindeschwester für ihre Bemühungen. Dank allen Verwandten und Bekannten. Dank dem Gen. Niebenstahl für seine trostreichen Worte am Grabe sowie seinen Arbeitskollegen und dem Arbeiter-Radfahrerverein
Döllnitz, 12. April 1926
Die trauernden Hinterbliebenen
Ww. Mathilde Thieme
*1365 nebst Kindern

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Modernes
Spezialgeschäft für Augenoptik
Diplom-Optiker
A. Rößler
staatl. geprüft. Optikermeister
Lieferant sämtl. Krankenkassen
Weißenfels
Nicolaistraße 5
Telephon 777

Bitterfeld
Elektro-Material
Radio- Apparate u. Zubehör
billigst bei
Willi Krause
Weinbergstr. 5

Farben
gibts unendlich viele
die besten liefert
Farben-Thiele
Wittenberg
Jüdenstr. 4

Trinkt
Bitterfelder Bier!!
Ueberall!

Kleiderstoffe, Baumwollwaren
Unterwäsche
für Damen und Herren
Berufskleidung
Kurz- u. Wollwaren
kaufen Sie immer gut und preiswert bei
Erich Rosenhagen
Manufaktur- u. Modewaren
Piesteritz

Jeden Donnerstag
Schlachtefest
fr. hausschlacht. Wurst
Moritz Neumann
Bitterfeld
Dessauer Str. 49

Weißenfels
Gewerkschafts Haus
Marienstr. 48 Marienstr. 48
Zentralverkehr
aller freiorganisierten Arbeiter u. Angestellten
Bewirtung in eigener Regie
Bestgepflegte Getränke. Billige u. reichl. Speisen
30 Zeitungen — Kein Verzehrszwang
Versammlungs- u. Konferenzzimmer
Allen Parteigenossen als gastliche Heimstätte empfohlen

Pa. Weizen- und Roggenmehl
Futtermittel und Hülsenfrüchte
empfiehlt
Fritz Schlisski
Weißenfels
Merseburger Str. 26

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstr. 10
Jüdenstr. 10 empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Außerdem werden Aufträge an Drucksachen und Inseraten entgegengenommen

Zigarren-Spezialgeschäft und Frisier-Salon
von
Richard Kolbe
Piesteritz
Coswiger Straße 179
hält sich bestens empfohlen

Luisen-Bad
Weißenfels
Geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Herren- und Knaben-Modenhaus
von
Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr. 22
und
Mittelstraße 56

Lebensmittel
gut und billig kaufen Sie **nur** bei
Hulda Hollstein, Weißenfels
Leipziger Straße 6 Fernruf 27

Schuh-Reparatur-Werkstatt
Paul Löchel
Piesteritz
Mühlstraße
Eigene Werkstatt für Maßarbeiten

Fahrräder und Zubehörteile
empfiehlt zu billigsten Preisen
Fr. B. Weiß
Fahrradfabrik Wittenberg
Vertreter von: Möwe-, Göricke-Gritzner- u. Mars-Fahrräder
Verkaufsstellen:
Wittenberg, Markt 5, Merseburg und Zschornewitz

Große Auswahl
in
Regenmäntel
mit Bezug für Herren u. Damen
Außerdem:
Herren- u. Damenkonfektion
in reichhaltiger Auswahl
Teilzahlung gestattet
S. Ruschewitzky
Bitterfeld Hallesche Str. 7

Prima hausschlacht. Wurstwaren
zu billigsten Tagespreisen empfiehlt
Dorndeck, Bitterfeld
Am Wasserturm Am Wasserturm

Am vorteilhaftesten kauft man
Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung
im Möbel- und Warenhaus
J. Breminger, Wittenberg
Jüdenstraße 7 Jüdenstraße 7
Stets auf Lager: Wohn- und Kücheneinrichtungen, einzelne Möbelstücke

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0004

Für die leninistische Linie: Heran an die Massen

Fünf Unterbezirkskonferenzen verurteilen den ultralinken Antibolschewismus - gegen die doppelte Buchführung der Fischer-Gruppe

Vertrauensvotum für die Politik des Zentralkomitees der KPD

Halle, den 12. April.

Am Sonnabend und am gestrigen Sonntag fanden in unserem Bezirk 5 **Unterbezirkskonferenzen** statt. Auf allen 5 Unterbezirkskonferenzen lehnte die übergroße Mehrheit aller Delegierten die ultralinken Spaltungstendenzen der Korsch-Schwarz und Genossen mit aller Entschiedenheit ab. Ueberall erkannten die Genossen, daß grade in diesem Augenblick der Notwendigkeit verstärkter Einheitsfrontaktik zur Gewinnung der Massen die ultralinke Lüge von der Liquidierung der KPD. und der Komintern eine direkt antibolschewistische ist, durch die sich die betreffenden Genossen bereits **außerhalb der Partei** gestellt haben. In jedem Falle sehen die Arbeiter aus den Betrieben, daß die Ablehnung der Betriebszellenarbeit, die Ablehnung der Parole der Arbeiter- und Bauern-Regierung, die Behauptung vom „roten Imperialismus" Sowjet-Rußlands und die Redensart vom beabsichtigten Eintritt Sowjet-Rußlands in den Völkerbund, daß alle diese Verdächtigungen **absolut sozialdemokratisch** und in diesem Sinne als **ultrarechte Tendenzen** zu werten sind, die **direkt die Grundlage einer leninistischen Partei unterminieren.**

Wenn auch, mit Ausnahme einiger Stimmen auf der Unterbezirkskonferenz Weißenfels-Zeitz-Naumburg, diese ultralinken Tendenzen fast **einmütig erkannt** wurden als Bestrebungen der an der Revolution verzweifelnden kleinbürgerlichen Intellektuellen, **die revolutionäre Rolle der KPD.** zu liquidieren, so muß ein **offenes Wort** gesprochen werden **gegenüber jenen Genossen auf der Unterbezirkskonferenz Torgau-Liebenwerda, die zwar die ultralinke Politik abgelehnt haben, aber vollkommen verkennen, daß ja grade diese ultralinke Politik heute die allergefährlichste ist.** Es ist in der augenblicklichen Periode ein Ding der Unmöglichkeit, der Politik des Zentralkomitees und der Komintern, die seit dem EKKI.-Brief bereits Erfolge aufzuweisen hat, nur unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen.

Es gibt hier nur **ein Entweder—Oder.** Entweder ist die Politik des Zentralkomitees die richtige, dann muß man sie **bedingungslos unterstützen,** oder sie ist die falsche, dann muß man gegen sie ankämpfen. Aber zu erklären, wir sind für die Politik des ZK., wenn dieses genau so gegen rechts kämpft, wie gegen ultralinks, bedeutet in **dieser** Situation tatsächlich die **indirekte Unterstützung der Ultralinken,** die ja zur Unterstützung ihrer Politik immer wieder die Phrasen ausstreuen, **die Partei wolle zurück zur Brandler-Politik.**

Da gerade die Erfolge der Partei in dem Unterbezirk Torgau-Liebenwerda die besten sind, da wir der Ueberzeugung sind, daß die Aktivität der Genossen gerade in diesem Bezirk im Vergleich zu den übrigen Unterbezirken sich besonders gut hervorhebt, legt die Partei das größte Gewicht darauf, die Genossen davon zu **überzeugen, daß die ultralinke Gefahr heute die allergefährlichste ist,** und daß man **um ihre Bekämpfung nicht herumkommen darf,** indem man gegen die — in dieser Periode minder gefährlichen — rechten Abweichungen glaubt kämpfen zu müssen. Der praktische Enderfolg einer solchen Politik kann nur sein die Fortsetzung **der Methode der doppelten Buchführung der Ruth-Fischer-Gruppe,** die schon **im EKKI.-Brief aufs schärfste verurteilt wurde.** Wer für den EKKI.-Brief ist, und die Genossen in Torgau-Liebenwerda wollen es doch sein, der muß endlich **dieser doppelten Buchführung den Laufpaß geben.**

Mansfeld-Sangerhausen

Die Unterbezirkskonferenz stimmt den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive vorbehaltlos zu. Insbesondere begrüßt die Unterbezirkskonferenz die in der Resolution zur deutschen Frage niedergelegte feste politische Linie zur Gewinnung der entscheidenden Schichten der werktätigen Massen für die Politik der KPD. Die Unterbezirkskonferenz verpflichtet alle Mitglieder, die Politik des jetzigen ZK., die nach dem Erscheinen des Ekki-Briefes eingeleitet, seit 6 Monaten mit Erfolg fortgesetzt und von der Erweiterten Exekutive gutgeheißen worden ist, mit allen Kräften zu unterstützen und zu verstärken.

Die Unterbezirkskonferenz verurteilt auf das entschiedenste die kominternfeindlichen Auffassungen und Methoden, wie sie nach dem Erscheinen des Offenen Briefes von einigen ultralinken Führern vertreten wurden und wie sie heute verstärkt von der Gruppe Korsch-Schwarz-Rolf vertreten werden.

Die Ablehnung der Anwendung der Einheitsfrontaktik zur Gewinnung des Gros der Arbeitermassen, die Ablehnung der Parole der Arbeiter- und Bauernregierung, der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen, das demagogische Gerede von der Rechtsschwenkung und Liquidierung der Komintern und der kommunistischen Parteien, vor allem aber die Behauptung, Sowjet-Rußland sei ein kapitalistischer Staat und vertrete einen „roten Imperialismus" — alle diese Anschauungen, Methoden und in ihnen zum Ausdruck kommenden Tendenzen der Gruppe Korsch-Schwarz-Rolf sind direkt antibolschewistisch und liquidieren die marxistisch-leninistische Grundlage der kommunistischen Parteien.

Diese Anschauungen dürfen in keinem Falle innerhalb der KPD. geduldet werden. Darum fordert die Unterbezirkskonferenz alle Parteigenossen auf, den allerschärfsten ideologischen Kampf gegen die parteizerstörenden Fraktionstreibereien der Korsch-Schwarz-Rolf zu führen und dem ZK. zu empfehlen, auch vor der Anwendung organisatorischer Maßregeln gegen die Spaltungsabsichten dieser unkommunistischen Elemente nicht zurückzuschrecken.

Der Kampf gegen diese Gruppe muß jetzt um so entschiedener geführt werden, weil diese Gruppe augenblicklich mit allen Mitteln bestrebt ist, die bereits politische Erfolge zeitigende Einheitsfronttaktik gegenüber sozialdemokratischen und indifferenten Arbeitern, Mittel- und Kleinbauernschichten zu zerstören.

Die Unterbezirkskonferenz begrüßt gleichzeitig auch die scharfe Stellungnahme der Erweiterten Exekutive gegen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow-Urbahns. Diese Gruppe versucht weiter mit Diplomatie und mit bereits Schiffbruch erlittener Methode der doppelten Buchführung und mit demagogischen Parolen und lügenhaften Gerüchten die Mitgliedschaft zu verwirren und eine Konsolidierung der Partei zu verhindern. Die Exekutive hat recht, diese Gruppe als die politisch prinzipienloseste und zur Parteiführung am ungeeignetsten zu erklären, da sie tatsächlich durch ihre bisherige unklare und schwankende Stellungnahme, den offenen Antibolschewisten à la Korsch und Schwarz in die Hände arbeitet.

Ebenfalls erklärt sich die Unterbezirkskonferenz einverstanden mit der Stellungnahme der Erweiterten Exekutive gegen alle rechten Gruppierungen in der Partei. Alle fraktionellen Sonderbestrebungen und Bindungen rechter Genossen werden wir ebenfalls mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Die Unterbezirkskonferenz erklärt, daß jetzt unbedingt alle Kräfte der Partei, die ehrlich an der Durchführung der Politik, wie sie im Ekki-Brief vorgezeichnet und durch die Erweiterte Exekutive erneut gutgeheißen worden ist, arbeiten wollen, zur ernsten Parteiarbeit herangezogen werden sollen. In diesem Sinne bekennt sich die Unterbezirkskonferenz erneut zu dem Ausbau der Parteidemokratie, die allerdings nichts zu tun hat mit irgendwelchen Konzessionen an parteischädigende und parteizerstörende Gruppierungen.

Die Hauptaufgabe unserer Partei ist jetzt neben einer guten politischen Vorbereitung unseres Bezirksparteitages die Gewinnung der breiten Massen für die proletarische Revolution, die Liquidierung aller Fraktionskämpfe, die Konsolidierung der Partei durch eine zähe und unermüdliche politische Schulungsarbeit in der Linie der Komintern und der Bolschewisierung der KPD.

*

Vorstehende Resolution wurde auf der Unterbezirkskonferenz Mansfeld-Sangerhausen in Eisleben nach einem Referat des Genossen Peter Maslowski **einstimmig angenommen.**

Die Hauptgesichtspunkte des Referats waren: Die augenblickliche Wirtschaftskrise trägt nicht den akuten Charakter der Situation im Oktober 1923, dennoch ist die pessimistische Auffassung, die besonders von dem Genossen Maslom vertreten wird, daß eine akute Zuspitzung voraussichtlich in einem Jahrzehnt eintreten werde, nicht angebracht. Im Gegenteil scheint sich die Lage jetzt schneller zuzuspitzen, als man es vor Jahresfrist noch annehmen durfte. Die positiven Seiten der Dawes-Gesetze, die Stabilisierung und Ankurbelungskredite der amerikanischen Bankiers verwandeln sich jetzt in die negative Seite, da zu all den sonstigen Reparationsleistungen jetzt auch mit erhöhter Wucht der Zinsendienst einsetzen muß. Dazu kommt die allgemeine **Absatzkrise der deutschen Industrie,** die sich sowohl auf das Ausland wie das Inland erstreckt, wo die breitesten Konsumentenmassen infolge des allgemeinen Elends, infolge der jämmerlichen Löhne, immer weniger als Abnehmer der Industrieprodukte in Frage kommen. Die **Ueberstemdung der deutschen Industrie** und die durch die Absatzkrise erzeugten **Rationalisierungsbestrebungen** werden im weiteren Verlauf der Entwicklung ohne Zweifel eine **ständige Arbeitslosenarmee** in Deutschland bringen, wenn auch eine vorübergehende Besserung nicht ausgeschlossen ist. **Entscheidend** jedoch ist, daß nach vorübergehenden Besserungsperioden **die Krise auf stets erweiterter Grundlage sich verschärfen muß.**

Diese sich langsam zuspitzende Situation bringt vor allem einen **großen Umgruppierungsprozeß in der politischen Orientierung** der Gesamtbevölkerung. Das bezieht sich **nicht nur auf die Arbeiter** (Linksbewegung in den Gewerkschaften, Arbeiterdelegationen nach Rußland, Gärung im Reichsbanner, Opposition in Sachsen, Baden, Hamburg), sondern vor allen Dingen auch für **die Mittel- und Kleinbäuerlichen Schichten,** die, wie das letzte Volksbegehren gezeigt hat, von der monarchistischen Idee in sehr starkem Maße abzurücken beginnen.

In dieser Periode der nicht akuten, aber latenten, sich langsam zuspitzenden Krise ist, angesichts dieses Umgruppierungsprozesses, für die Kommunistische Partei das wichtigste, die Herausbildung einer guten revolutionären Einheitsfronttaktik, die es versteht, durch Teilforderungen mit der Zielrichtung des Endkampfes die Massen bis tief hinein ins Kleinbürgertum für die KPD. zu gewinnen.

Da dies die **Hauptaufgabe** der Partei in der augenblicklichen Situation ist, sind auch unbedingt **alle ultralinken Strömungen,** die in Wirklichkeit nicht ultralinks, sondern ultrarechts sind, **die allergefährlichsten.**

An dieser Stelle geht Referent auf die bekannten Tatsachen der ultralinken Fraktionsbildungen ein, behandelt auch die **Grundsatzlosigkeit der Ruth Fischer-Gruppe,** deren vorstehendes Merkmal der Unglaube an die proletarische Revolution ist. Er verurteilt in diesem Zusammenhang auch jede fraktionelle Bindung von rechten Genossen.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Im allgemeinen **anerkannten alle Genossen,** die sich an der Diskussion beteiligten, **die Richtigkeit der Linie des Zentralkomitees,** wie sie seit dem Ekki-Brief besteht, und besonders auch **die Erfolge,** die seit der Durchführung dieser Taktik zu verzeichnen gewesen sind. Angesichts gewisser Unklarheiten über die Art und Weise der Durchführung der Einheitsfronttaktik war es im Schlußwort notwendig, besonders die praktische Seite der Durchführung der Einheitsfront näher auseinanderzusetzen. Der rein formalen Auffassung der Einheitsfronttaktik, der übertriebenen Sucht nach Entlarvung, dem Bestreben, möglichst unannehmbare Bedingungen aufzustellen, stellte der Referent in seinem Schlußwort die **Kleinarbeit aller Genossen in allen Ortsgruppen von unten auf in den Gewerkschaften und in den Betrieben in der Richtung der Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer rechten Führung entgegen.**

Nach der einstimmigen Annahme der vorgelegten Resolution wurden noch **organisatorische Fragen** erledigt. Leider war zu verzeichnen, daß die Unterbezirkskonferenz **schlecht besucht** war. Es fehlten 29 Ortsgruppen und nur 19 waren vertreten. Hier muß unbedingt die Schuldfrage untersucht und Vorsorge getroffen werden, daß in Zukunft diese Vernachlässigung einer wichtigen Parteiarbeit nicht mehr erfolgen kann.

Merseburg-Querfurt

Die Unterbezirkskonferenz Merseburg-Querfurt war beschickt von 27 Delegierten und 21 Gästen. Drei Ortsgruppen (Delitz am Berge, Frankleben und Groß-Kayna) glänzten unverständlicherweise durch Abwesenheit. (Die UB. darf wohl auf eine Erklärung dieser Ortsgruppen rechnen?) Der erste Punkt der Tagesordnung brachte durch ein Referat des Genossen Schneller den **Bericht über die Sitzung der Erweiterten Exekutive.**

Ausgehend von der Rolle der Partei schildert der Referent die Zusammenhänge und Widersprüche der imperialistischen Mächtegruppen und ihr Verhältnis zu Sowjet-Rußland. In klarer Weise zog er gleichzeitig die konkreten Schlüsse auf unsere **nächsten Aufgaben in Betrieb und Gewerkschaft.** Dann ging er auf die innerparteiliche Lage ein. Ungeschminkt zeigte er die „Linien" der Gruppen um Katz, Korsch, Fischer, Urbahns usw. auf. Die Parteimitgliedschaft muß die schädlichen Tendenzen der Korsch-Leute besonders beachten, die gegen Sowjet-Rußland den Klassenkampf predigen und sich dadurch mit dem Kautskyanertum solidarisieren. **Sowjet-Rußland ist nach Korsch ein kapitalistischer Staat.** Meilenweit er dadurch abgerückt von der Linie der Kommunistischen Partei. Aber auch die andern „Linken" weichen ganz bedenklich von der Parteilinie ab. **Ruth Fischer billigt** die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive, aber **nicht die Resolution zur deutschen Frage.** Der Referent berührte alle Fragen, die auf der Exekutivesitzung behandelt wurden und zog in jedem einzelnen Punkte scharf die Trennungslinie zwischen den Ultralinken und der richtigen Politik des Zentralkomitees.

In der Diskussion wandten sich **alle Genossen gegen die ultralinken Abweichungen.**

Eine Resolution, die im wesentlichen der oben wiedergegebenen entspricht, aber noch folgende Zusätze **über die nächsten Aufgaben** enthält, wurde **einstimmig** angenommen:

Die Bedingungen für große Erfolge der Partei zur Gewinnung und Mobilisierung der Massen für die Losungen der Partei sind günstig. Es gilt im Kampf gegen die Unternehmeroffensive, gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, gegen Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Steuerraub und Zollwucher, wie gegen die verstärkte politische Reaktion (Klassenjustiz, Verfassungsänderungen, Schulreaktion), nicht nur die Arbeitermassen, die proletarischen Frauen und die Jugend, sondern zugleich die erwachenden kleinbäuerlichen Massen und das städtische Kleinbürgertum unter unsere Führung zu bringen.

Die Durchführung des Volksentscheids gibt uns die besten Anknüpfungsmöglichkeiten. Die Kampagne, die unter Führung der KPD. begann, muß den Einfluß der Partei verbreitern und vertiefen: Für die Forderungen der Erwerbslosen. — Für den einheitlichen Kampf um Lohnerhöhungen und Achtstundentag. — Für die Abwälzung der Dawes-Lasten auf die Bourgeoisie. — Für den Sturz der Luther-Regierung. — Für Auflösung des Reichstags. — Für den Kampf um die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung. — Gegen Völkerbundsillusionen und imperialistische Kriegsgefahr; für Bündnis mit den Sowjet-Republiken und die Errichtung der Vereinigten Staaten eines sozialistischen Europas.

Die UB.-Konferenz erwartet von allen Genossen, daß sie die Stärkung der roten Front aller Werktätigen in der Werbekampagne für die Zuführung von Tausenden neuer Mitglieder und Leser für Partei und Presse mit aller Energie ausnutzen. Der Massenaufmarsch am ersten Mai muß den nächsten sichtbaren Beweis für den Vormarsch der KPD. bringen.

Von der Zentrale der Partei erwartet die UB.-Konferenz die sofortige Ausarbeitung und Einleitung der breitesten Propagierung eines Aktionsprogramms, welches äußlich konkret wie das „Volksbegehren und der Volksentscheid" gemeinschaftliche Bestrebungen und Interessen der breitesten Massen zum Ausdruck bringt.

Zur bevorstehenden Wahl einer politischen Leitung auf dem kommenden Bezirksparteitag wurde angenommen folgende

Entschließung

Die UB.-Konferenz erwartet, daß der Bezirksparteitag eine Leitung wählt, die ohne Schwanken und festentschlossen die Beschlüsse der Exekutive im Bezirk durchführt und das ZK. mit aller Energie in der eingeleiteten Politik und in der Fortsetzung der Linie des Offenen Briefes unterstützt. Die Anhänger der Gruppen von Scholem und Urbahns bis Korsch und Katz geben jedenfalls keine Sicherheit für die konsequente Durchführung der obengenannten Aufgaben.

Daraufhin spricht der Ortsleiter der UB. den Stand der Reorganisation und die noch vorhandenen Mängel in allen Ortsgruppen durch. Die Diskussion bei diesem Punkt war sehr ausgiebig und deren Inhalt wurde zum Teil auch in konkreten Anträgen an die BL. niedergelegt.

Alsdann wurde die bisherige UB.-Leitung wiedergewählt und zum Schluß noch der Stand der KJV. vorgetragen. Die UBL. und der Z-Vertreter forderten ganz besonders zur Förderung der Kommunistischen Jugend auf.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Die **Unterbezirkskonferenz von Weißenfels-Naumburg-Zeitz** war außerordentlich gut besucht. Alle Ortsgruppen mit 80 gewählten Delegierten waren vertreten. Als Referent war der Genosse Berger erschienen, der in einer ausführlichen längeren Rede die wirtschaftspolitische Lage zeichnete, die nächsten Aufgaben der KPD. schilderte und sich dabei scharf abgrenzte gegen alle Gruppierungen, **besonders aber gegen die kominternfeindliche ultralinke Gruppierung,** die die Einheitsfronttaktik ablehnt und so die Partei zu einer KAPD.-istischen Sekte umwandeln will. Die Diskussion war außerordentlich lebhaft, sie dauerte am Sonnabendabend bis 2 Uhr nachts und dann noch den ganzen Sonntagvormittag bis in den Nachmittag hinein. Nachfolgende Resolution wurde mit 31 gegen 10 Stimmen angenommen:

Die Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Weißenfels-Naumburg-Zeitz erklärt sich vorbehaltlos für die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive und begrüßt die in der deutschen Frage niedergelegte klare und feste politische Linie.

Die Politik des ZK. der Partei ermöglichte die Wiedergewinnung eines großen Teiles der werktätigen Massen, brachte der Partei offensichtliche politische und organisatorische Erfolge und wurde ausdrücklich in der Resolution der VI. Erweiterten Exekutivtagung der KI. zur deutschen Frage als vollkommen richtig anerkannt. Diese politische Linie des ZK. ist die einzig leninistische Plattform, die breitesten Massen für die Ziele der Partei und der Komintern zu gewinnen und die Arbeiterklasse im revolutionären Machtkampf zu sammeln und zu mobilisieren. Die Einheitsfronttaktik ist unter den jetzigen Bedingungen die einzig richtige Taktik, durch die es möglich ist, große Kampagnen durchzuführen, breite Massen zu entscheidenden Kämpfen zu mobilisieren und damit die Basis zu schaffen für den Kampf des gesamten Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die Unterbezirkskonferenz anerkennt, daß die Partei die aktivsten Kräfte der Arbeiterklasse in sich gesammelt hat und auf dem Wege ist, eine gute bolschewistische Sektion der Komintern zu werden.

In Erkenntnis dessen verurteilt die Unterbezirkskonferenz aufs schärfste alle antibolschewistischen Tendenzen, wie dieselben von der Gruppe Korsch-Schwarz ganz besonders vertreten werden, und erwartet und fordert von der Partei, daß für solche Elemente innerhalb der KPD. kein Platz sein darf. Die Partei darf nicht zum Tummelplatz intellektueller Spießbürger werden, die die Partei zu KAPD.-istischen Experimenten mißbrauchen wollen.

Die Unterbezirkskonferenz fordert die gesamte Mitgliedschaft des Unterbezirks sowie der gesamten Partei auf, mit allen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0005

Mitteln gegen die Fraktionstreibereien der Korsch-Schwarz-Gruppe aufzutreten.

Weiter verurteilt die Unterbezirkskonferenz jedwede rechte Fraktionsmacherei und rechte Abweichungen von der Linie der Komintern und des ZK.

Die Unterbezirkskonferenz billigt ausdrücklich die Haltung der Erweiterten Exekutive gegen die Gruppe Fischer-Urbahns. So lange diese Gruppe noch im Schwanken zwischen der Komintern und der Ultralinken sich befindet, kann die Mitgliedschaft dieser prinzipienlosen Opposition nicht das Vertrauen entgegenbringen, was diese Gruppe berechtigte, an der Parteiführung verantwortlich teilzunehmen.

Die Unterbezirkskonferenz erklärt ausdrücklich, daß jetzt alle Kräfte der Partei, die ehrlich an der Einhaltung und Durchführung der Politik des ZK. mit arbeiten wollen, zur gemeinsamen Parteiarbeit sich zusammenfinden müssen, um die Partei vor der persetzenden, jede Parteiaktivität zerstörenden, prinzipienlosen und aktiven Kritik zu schützen. Nur ernsthafte, parteifördernde Kollektivarbeit aller Parteigenossen kann uns unsere schweren Aufgaben erfüllen lassen, darum fordern wir:

Festhalten an der Linie der Komintern,
Unterstützung des ZK. in dieser Politik,
Beseitigung aller unbolschewistischen Gruppen,
Liquidierung aller Fraktionskämpfe.

Die Unterbezirkskonferenz verpflichtet sich, in diesem Sinne die Partei im Unterbezirk zu fördern, die Bezirksleitung und das ZK. zu unterstützen und ruft die gesamte Mitgliedschaft des Unterbezirks zur tatkräftigen und aktiven Mitarbeit auf.

Bitterfeld-Wittenberg

In einer am 11. April 1926 stattgefundenen Unterbezirkskonferenz nahmen die Vertreter der einzelnen Betriebs- und Straßenzellen bzw. der Ortsgruppen des **UB. Bitterfeld** zu der politischen Lage und den Aufgaben der Partei Stellung.

Genosse Eberlein vom ZK. der Partei behandelte in seinem Referat zunächst die **weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage.** Vor allen Dingen geht er ausführlicher auf die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands ein. Der Zerfall des Kapitalismus ist eine internationale Erscheinung, sowohl in den sogenannten Siegerländern, als auch in den Besiegtenländern. Im Gegensatz dazu ist in **Sowjet-Rußland ein enormer Aufstieg zu verzeichnen.** Die augenblickliche Wirtschaftskrise in Sowjet-Rußland ist nichts anderes als eine **Wachstumskrise.** Die Produktion kann nicht so schnell gesteigert werden, wie die Bedürfnisse der Bevölkerung wachsen. Genosse E. entwickelt dann weiter die auf Grund seiner Wirtschaftsbetrachtungen sich ergebende Perspektive. Es ist eine **relative Stabilisierung des Kapitalismus** festzustellen, daneben sind aber stärkste Krisenmomente zu verzeichnen. Noch immer ist mit zwei Möglichkeiten der Entwicklung zu rechnen, wie zu Zeiten des 3. und 5. Weltkongresses: 1. Zuspitzung der Situation zu schärfsten Kämpfen, 2. die Möglichkeit, daß der Kapitalismus auch in dieser Situation einen Ausweg findet, **wenn der subjektive Faktor, nämlich das Proletariat, es zuläßt.**

Mit aller Schärfe wendet sich Genosse Eberlein gegen Maslows Perspektive, daß revolutionäre Auseinandersetzungen innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht zu erwarten sind.

Welche Aufgaben ergeben sich nun für die KPD. aus dieser Perspektive? Die Parole der Partei ist nach wie vor: **„Heran an die Massen."** Die Einheitsfrontaktik muß mit aller Entschiedenheit in der Partei durchgeführt werden, vor allem auch im wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampf. In den Gewerkschaften kommt es nicht nur darauf an, kommunistische Propagandareden zu halten, sondern gewerkschaftliche Arbeit, und das heißt viel Kleinarbeit, zu leisten. So nur werden wir das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. Die **Einheitsfrontaktik ist keine Liquidation der Komintern,** wie von gewissen Elementen der Partei behauptet wird.

Genosse Eberlein setzt sich dann auseinander mit den verschiedenen Gruppierungen der Linken und Ultralinken. An Hand der Fraktionsrundschreiben der Korsch-Katz, Schwarz usw. zeigt Genosse Eberlein das **verbrecherische und antibolschewistische Verhalten dieser Elemente** klar auf. An einer Fraktionssitzung der Korsch-Gruppe hat **auch der aus der Partei ausgeschlossene Katz teilgenommen.** Aus dem Bezirk Halle-Merseburg ist an dieser Fraktionssitzung **die Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger** beteiligt gewesen. Trotzdem sei die gefährlichste Gruppe der Partei die Gruppe Maslow-Urbahns-Ruth Fischer, die nach wie vor die **Politik der doppelten Buchführung** fortsetzt. Urbahns habe auf einer Zentralesitzung von der Möglichkeit eines revolutionären Bauern-Rußland gesprochen.

Natürlich gibt es in der Partei auch rechte Gefahren. Dieselben müssen mit aller Schärfe bekämpft werden, wenn auch die ultralinken Gefahren größer sind.

Genosse Eberlein wirft dann die Frage auf, was der Partei vor allem heute fehlt. **Es fehlt ihr das tiefe Vertrauen der Mitgliedschaft,** die aktive Mitarbeit aller Genossen, eine aktive Kleinarbeit, ein Ringen um neue Mitglieder, um die Vergrößerung unseres Einflußradiuses hinsichtlich der kommunistischen Presse. Schluß muß gemacht werden mit der doppelten Buchführung. Ueberall müssen starke Leitungen geschaffen werden. Das gilt vor allem auch für den halischen Bezirk.

Nach einer lebhaften Diskussion behandelt Genossin Schumann noch einige **Fragen der Reorganisation** und fordert die Durchführung folgender auf der Instrukteurkonferenz festgelegter Richtlinien durch die Instrukteure: **1. Registrierung der Mitglieder; 2. Aufbau der Betriebszellen; 3. Abstoßung der Genossen aus den Straßenzellen in die Betriebszellen.**

Danach erhält der Genosse Eberlein das Schlußwort, in dem er sich vor allen Dingen mit dem Genossen Rödel auseinandersetzt. Die Demokratie in der Partei sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Man könne nicht für jeden antibolschewistischen Unsinn Redefreiheit gewähren. Bezeichnend sei, daß der Genosse Rödel die Politik der Partei mit denselben Argumenten kritisiert habe, wie das überall von den oppositionellen Genossen geschieht. Daraus müsse man natürlich eine bestimmte Verbindung der Opposition schließen. Genosse Eberlein wendet sich dann vor allen Dingen gegen die von den Ultralinken verbreiteten üblen Gerüchte über Sowjet-Rußland, die Komintern usw., die nur dazu dienen sollen, die Partei zu spalten, Mißtrauen in die Reihen der Mitglieder zu säen. Man müsse durch die Diskussion trotz aller schlechten Seiten vorwärtskommen, so lange es eine revolutionäre kommunistische Partei gibt, wird es auch gewisse Meinungskämpfe in ihr geben, sonst würde die Partei erstarren, wie die SPD.

Danach wird zur Abstimmung über eine von der Bezirksleitung vorgelegte Resolution (sie entspricht der in Eisleben angenommenen) geschritten, die bei einer Stimmenthaltung, des Genossen Simon, Delitsch, einstimmig angenommen wird. Genosse Rödel gibt zu Protokoll, daß er für die Resolution außer dem Absatz gestimmt habe, der die Schädlichkeit der Gruppe Maslow-Ruth Fischer verurteilt.

An der Konferenz nahmen teil: 16 Großbetriebsvertreter, 18 Straßenzellenmitglieder. 6 Ortsgruppenleiter und 2 Dorfzellendelegierte. **Im allgemeinen ist festzustellen, daß trotz noch vorhandener unklarer Stimmungen die Loslösung von der ultralinken und der Urbahns-Ideologie auch im UB. Bitterfeld energisch fortzuschreiten beginnt; dazu kommt ein starkes Verlangen der Genossen nach ernster Gewerkschafts- und Betriebsarbeit und einer guten theoretischen Durchbildung der Mitgliedschaft.**

Torgau-Liebenwerda

Die **Unterbezirkskonferenz Torgau-Liebenwerda war mit 64** Parteiarbeitern, die in der Hauptsache Angehörige der Betriebszellen waren, außerordentlich stark beschickt. In einem zweieinhalbstündigen Referat behandelte Genosse Lademann die Ergebnisse der Erweiterten-Exekutive-Sitzung. An der Diskussion beteiligten sich zwölf Genossen mit längerer Redezeit. In der Hauptsache nahmen die Genossen Stellung zur deutschen Frage und betonten, daß **die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive den konkreten Verhältnissen Rechnung tragen.** Die **Politik des ZK.,** so wie sie nach Erscheinen des Offenen Briefes gemacht wurde, wird **auf das lebhafteste begrüßt und unterstützt.** Insbesondere findet Anerkennung die Einheitsfrontaktik. Das der Partei gestellte Aufgabengebiet behandelten alle Genossen außerordentlich lebhaft. Ihren Ausführungen war zu entnehmen, daß sie eben auf Grund neuer Methode in der Agitation und Propaganda ihren Einfluß wesentlich steiger konnten. Der innerpolitische Kurs sowohl wie die Gruppierunge in der Partei wurden außerordentlich stark unter die Lupe g nommen. **Alle Redner verurteilten auf das Entschiedenste das Vo gehen und die Argumentationen der Korsch-Schwarz- sowohl, w der Fischer-Maslow-Urbahns-Gruppe.** Im besonderen wurde unt Zustimmung aller Genossen von den Rednern einer schärfere Ab grenzung gegenüber der rechten Gruppe der KPD., hauptsächli aber im Bezirk, verlangt. Die Genossen betonten, daß das Vo gehen der rechten Gruppe nichts anderes bedeute als eben diesel Diplomatie und dasselbe Betrugsmanövers, wie sie die Ru Fischer-Gruppe zum Schaden der deutschen Partei angewendet ha Die Mitgliedschaft muß dafür sorgen, daß ein Oktober 1923 si niemals wieder in der deutschen Partei und darüber hinaus in d Komintern wiederholt.

Der Konferenz wurden **zwei Resolutionen** vorgelegt. Eine vo Genossen Lademann, eine durch den Genossen Holzweißi Die letztere wurde vorgelesen, um einen Ueberblick zu bekomme was die Urbahns-Kilian-Kögler-Gruppe in unserem Bezirk fi eine Politik will. Sie wurde jedoch von allen Genossen als nic diskutabel abgelehnt. Die Resolution des Genossen Lademan umfaßte inhaltlich den ganzen Fragenkomplex, der heute bei unser Parteidiskussion zur Debatte steht. Die Genossen brachten zu Ausdruck, daß es Sache des Bezirksparteitages sei, eine genau politische Plattform, die sich stützt auf die Politik der Zentrale, au zuarbeiten, es genüge, wenn man zum Ausdruck bringe, daß me hinter den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive stehe, in d **Hauptsache** käme es darauf an, daß man **nach ihnen arbeitet.** D **Resolution des Genossen Lademann wurde daher mit 3 gegen 61 Stimmen abgelehnt. Einstimmig angenommen** wurde folgend Resolution:

„Die Unterbezirkskonferenz Torgau-Liebenwerda stellt sich na Entgegennahme des Referates durch den Genossen Lademann g schlossen hinter die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive. In d deutschen Frage verlangt die Konferenz nicht nur konkrete Ab grenzung gegen ultralinks, sondern auch gegen rechts. Die Ko ferenz wird das ZK., wenn obige Voraussetzungen voll gegeben sind, auf jeden Fall einmütig unterstützen."

Nach Erledigung verschiedener **organisatorischer Arbeiten** wurd die Konferenz nach neunstündiger Dauer geschlossen.

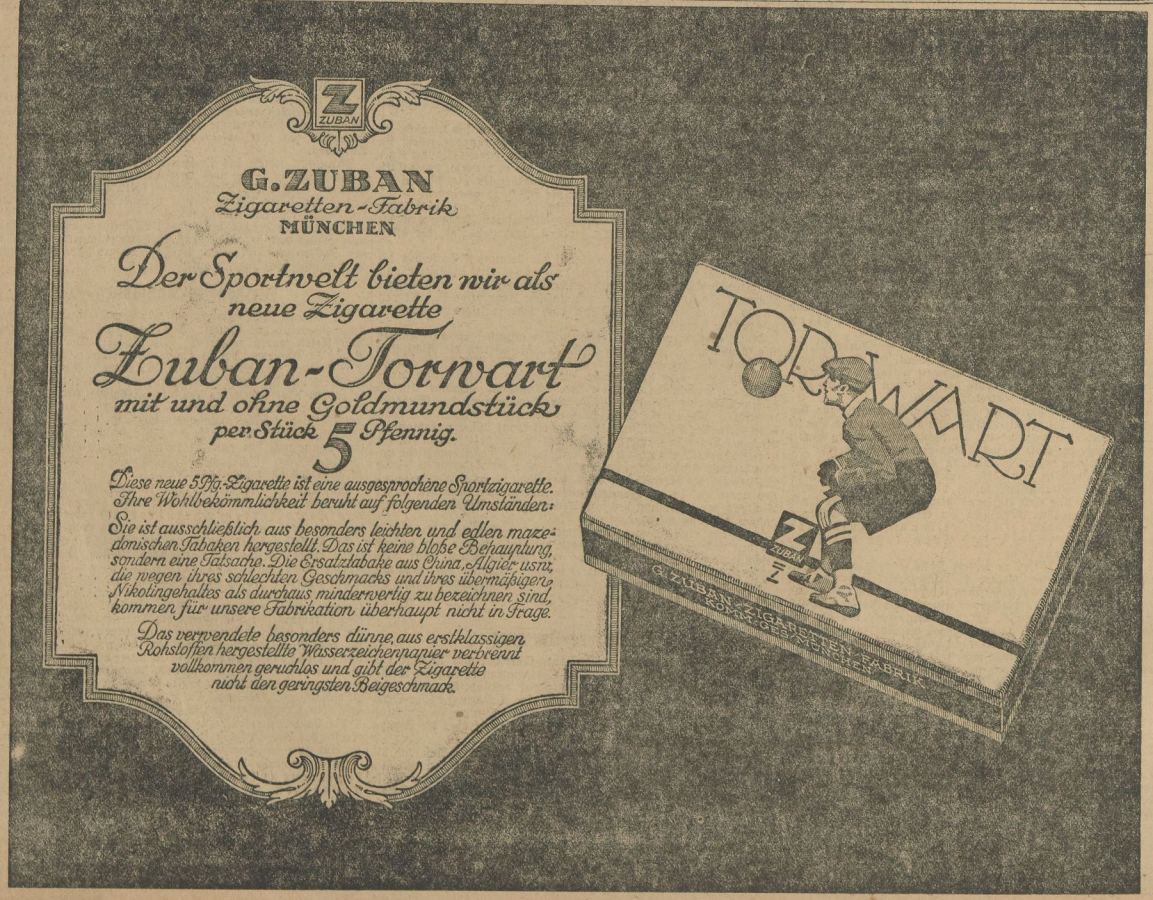
Das April-Bulletin der IRH.

Das neuerschienene Bulletin der IRH. für den Monat Apr bietet auch diesmal wieder reichhaltiges Material.

Einleitend wird der Jürgens-Skandal geschildert, der gezeigt ha welchen korrupten und verbrecherischen Individuen aufrechte, d Sache des Proletariats ergebene Arbeiter ausgeliefert sind, sobal sie in die Maschen der deutschen Klassenjustiz geraten. In eine weiteren Artikel wird nachgewiesen, daß die Amnestie des Liaptsche in Bulgarien in Wirklichkeit eine bewußte Irreführung der Wel öffentlichkeit darstellt. Es folgt dann ein eingehender Information bericht über die Tätigkeit der RSD. im Jahre 1925. Von der Arbe der IRH. der Sowjetunion gibt ein Bericht über das zweite e weiterte Plenum des ZK. der IRH. der UdSSR. genaue Kenntni Von den Leiden der rumänischen Proletarier erzählt in eine weiteren Aufsatz der rumänische Schriftsteller Panait Istrati, der e vom einfachen Dockarbeiter zum angesehenen französischen Schrif steller gebracht hat. Ueber die Greuel in den polnischen Kerkern, au denen er durch Austausch nach Sowjet-Rußland vor kurzem beftre worden ist, berichtet uns Julian Brun.

Berichte aus der Arbeit der Sektionen beschließen die Numm des Bulletins, das auch dieses Mal wieder reichhaltige und inte essante Bilder enthält.

Die April-Nummer des Bulletins ist bei allen Rote-Hilf Funktionären und in allen Arbeiter-Buchhandlungen für 10 Pfennig zu haben.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Parteigenossen, schafft Freiquartiere!

Am Sonnabend, dem 24., und Sonntag, dem 25. April, findet in Halle der diesjährige Bezirks-Parteitag der KPD. statt. Zu dieser Veranstaltung werden eine große Anzahl Quartiere benötigt. Wir appellieren an die bekannte Solidarität unserer Genossen und fordern alle Mitglieder unserer Partei auf, soweit sie in der Lage sind, Freiquartiere zur Verfügung zu stellen und diese unverzüglich im Ortsbureau, Lerchenfeldstraße 14, zu melden.

BL., Halle-Merseburg.

An alle Mitglieder der Gauleitung und Werbebezirksführerinnen des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes!

Am Dienstag, dem 13. April, abends 6 Uhr, findet in Halle in der Produktiv-Genossenschaft eine gemeinsame

Vorstandssitzung

statt. Die Einteilung der Werbebezirke ist fertig, und erhalten die Unterbezirksführerinnen alles hierzu erforderliche Material, um sofort die Vorbereitungen zu treffen zu den Werbebezirksversammlungen, die in den nächsten Tagen stattfinden müssen.

Alle Genossinnen haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Die Leitung des RFMB.

Achtung, Mitglieder des Einheitskomitees!

Am Dienstag, dem 13. April, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, eine wichtige Sitzung des Einheitskomitees statt. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Einheitskomitee zur Durchführung des Volksentscheids.
J. A.: Karl Wallrodt.

Ein paar hallische Zahlen zur Reichsgesundheitswoche

Propagandafilms in den großen Lichtspielpalästen bereiten die Popularität der Reichsgesundheitswoche vor. Oder sollen sie wenigstens vorbereiten. Es gibt da einen Mann, der sich eifrigst die Zähne putzt. Ein herrliches gesundes Gebiß ist die Folge der eifrigen Pflege. Der zweite Teil dieses Films ist in Vorbereitung: Er wird zeigen, daß die Kosten einer richtigen Mundpflege, wie sie in England allgemein betrieben wird, fast zwanzig Mark im Vierteljahr betragen, er wird auch zeigen, woher der Arbeiter dieses Geld für sich und seine Familie nimmt.

Oder etwas anders: Eine Reihe von Säuglingen marschiert auf. Sie veranstalten eine Demonstration gegen oder für etwas. Nach Angabe des Filmproduzenten verlangen sie statt der ihnen verabfolgten Kuhmilch die natürlichere und zuträglichere Muttermilch. Ob sie auch das Mittel wissen, ihrer proletarischen oder mittelständlerischen Mutter die nötigen Kräfte einzugeben, die die Grundlage der natürlichen Nährung bilden? Schließlich bleibt ja der Arbeiterfrau noch das Mittel, sich eine Amme zu halten.

Es kommt also, wie es nicht anders erwartet werden konnte:

Die Reichsgesundheitswoche wird ein Trubel für die oberen Zehntausend werden.

Sie werden wieder einmal die Wege zu Kraft und Schönheit kennenlernen, die zu gehen sie nichts weiter hindert als allzu gediegenes Wohlleben. Den Proleten wird man wieder einmal zeigen, was für sie im herrschenden System unerreichbar bleibt.

So wird denn die Reichsgesundheitswoche amtlicherseits unvollständig bleiben in ihrer Propaganda, und wir haben die Pflicht, einiges an Hand zahlenmäßiger Aufstellungen zu vervollständigen. Hören wir also, was nach der hallischen Lokalstatistik gesundheitschädigend wirkt. Zuerst müssen wir bei der Wohnungsfrage verweilen: Im letzten Vierteljahr 1925 wurden im Stadtbereich Halle a. S. 411 standesamtliche Ehen geschlossen. Von den Eheschließenden verfügten nur 52 Prozent über eigene Wohnungen in Halle, weitere 16 Prozent hatten eigene Räume in der Provinz Sachsen und im übrigen Deutschland, die restlichen 32 Prozent mußten sich mit möblierten Zimmern begnügen. Wie die eigenen „Wohnungen" aussehen, wissen wir. Ihr miserabler Zustand, soweit es sich um Proletarierwohnungen handelt, kann nur immer wieder zahlenmäßig aus der Tatsache bewiesen werden, daß eine große Zahl der vermietbaren Löcher beim Wohnungsamt zur Verfügung verbleiben. Wohnungsuchende gab es nach der erwähnten Statistik, die sicherlich nicht übertreibt, 12 382; angebotene Wohnungen existierten nur 319. Trotz dieses schreienden Mißverhältnisses konnten 83 dieser „Wohnungen" nicht besetzt werden, so daß noch 12 146 dringende Nachfragen offen blieben. Einen schlagenderen Beweis für die Unbrauchbarkeit dieser Löcher gibt es nicht.

Unsere erste Forderung an die Behörden lautet deshalb: Wollt Ihr die Gesundheit fördern, so baut Wohnungen! Die heutigen Wohnungsverhältnisse zwingen zehn Menschen in ein Zimmerchen, lassen sie gegenseitig die oft gefährlichen Bakterien einatmen, fördern die Ansteckung. Sie sind Krankheitsträger für die Erwachsenen, mehr aber noch für den Nachwuchs und legen den Grund zum gesundheitlichen Ruin ganzer Generationen.

Aber die Wohnungsfrage ist damit noch nicht erschöpft. Betrachten wir unseren engsten Interessenkreis daraufhin, wer — ganz abgesehen von der Unmöglichkeit der Ausstattung — sich den Luxus leisten kann, hohe Abstandssummen zu bezahlen, um vor Ablauf von Jahren zu einer Wohnung zu kommen. Will er eine legitime Ehe eingehen, so muß er warten. Es liegt in der Natur des Menschen, daß er nicht wartet, sondern lieber illegitim heiratet. Aber eine illegitime Heirat, soweit sie nicht mit räumlichem Zusammenleben der Partner verbunden ist, hat nur selten lange Dauer. Mann und Frau pflegen ihren Geschlechtsverkehr mit bekannten und unbekannten Personen. Die Folge davon ist die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten. Wir wollen es uns sparen, noch im einzelnen darauf einzugehen, warum ein Arbeiter oder eine Arbeiterin sich nicht einer umfassenden Kur unterziehen können, ohne die ganze Lohnsumme dafür auszugeben oder einen Herauswurf aus der Arbeitsstelle zu riskieren. Die Tatsache jedoch besteht: **Die Ziffer der Geschlechtskranken wächst unaufhörlich und rapide.** Von der Gesundheit des trotzdem mangels der notwendigen Verhütungsmaßnahmen gezeugten Nachwuchses kann man sich aus eigener häufiger Anschauung leicht ein Bild machen. — Aber auch ohne die so häufige Zutat der geschlechtlichen Krankheit bei unehelichen Geburten vorauszusetzen, ist die Existenz eines unehelichen Kindes von der Wiege an qualvoll. Es ist zwar nach der Verfassung der freien deutschen Republik jedem anderen legitimen Kind gleichgestellt, nach dem Einzelrecht genießt es keine Gleichberechtigung. Sonst müßte z. B. die ledige Mutter den Kinderzuschuß zum Lohn bekommen, sie hätte Anspruch auf die soziale Zulage bei der Erwerbslosenunterstützung und auf vieles mehr. Da sie aber alle diese Ansprüche nicht stellen darf, ist sie nicht nur nicht in der Lage, ihr Kind normal zu ernähren, sondern sie kann es nicht einmal vor gefährlichen Krankheiten in ausreichender Weise schützen, denen ein schlecht ernährtes Kind natürlich stärker ausgesetzt ist als ein anderes. Gibt man den Müttern amtlicherseits den Rat, ihre Kinder mit Muttermilch zu nähren, so soll man ihnen zum mindesten die Möglichkeit geben, sich selbst Kuhmilch zuzuführen, damit ihr Körper die notwendige Kraft aufbringt. Tatsächlich ist es aber so, daß die Proletariermutter — und das gilt nicht nur für die ledigen Mütter — nicht einmal die von der Gesundheitsbehörde verpönte Kuhmilch für ihre Kinder ohne weiteres bezahlen kann.

Wir wollen das traurige Kapitel nicht abschließen, ohne zahlenmäßig über die Kindersterblichkeit berichtet zu haben: Im letzten Vierteljahr 1925 wurden in Halle lebend geboren — auch die Ziffern der Totgeborenen sprechen Bände! — 962 Kinder, davon waren 209 uneheliche.

Von diesen 209 sind 35 gestorben, also jedes Sechste!

Sind diese Zahlen deutlich genug? Braucht es noch mehr Beweise für die gänzlich mangelnde praktische Gesundheitsförderung der gewiß nicht wertloseren unehelichen Kinder? Müssen wir uns bemühen, weiteres Tatsachenmaterial als Beleg für die schamlose Theaterspielerei der Reichsgesundheitswoche anzuführen?

Man läßt Kinder und Erwachsene im Deutschen Reich verhungern, man gibt ihnen nicht das Notwendigste zur Ernährung ihres Körpers, trotzdem man angespannteste Arbeitsleistung fordert. Und dann beginnt man über die verfallende Volksgesundheit zu jammern, Ausstellungen zu veranstalten, die die Krankheitserreger zeigen. Man braucht nicht Mediziner zu sein, um zu wissen, daß die Krankheitserreger leichtes Spiel haben, wo die Körperstruktur ihnen nicht entgegenwirken kann; daß die Krankheit nicht auszutreiben ist, wo die primitivsten Erholungs-, Entspannungs- und Kräftigungsmöglichkeiten fehlen. Daß diesem zum Himmel schreienden Zustand im kapitalistischen System kein Ende gemacht werden wird, das beweisen die Gesundheitsziffern aller „zivilisierten" Länder, wenn man sie denen der Sowjetunion gegenüberstellt.

Puck.

„Bolschewistische Marktschreiermethoden"

„Sie wollen ja nur ihre Parteisuppe kochen", hieß es immer, wenn die Kommunisten irgendeine Aktion gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern durchführen wollten. Und die SPD. winkte schleunigst ab. Besonders bevor das Volksbegehren eingeleitet war. Da wollte man auch wissen, daß der Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten nur ein Vorwand sei, um die sozialdemokratischen Arbeiter „einzufangen" für die Kommunistische Partei. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir selbstverständlich immer unsere politische Arbeit mit Agitation für unsere Partei verbinden, ja, daß beides zusammenfällt. Und das muß wohl auch ganz richtig sein. Denn: die SPD. ist jetzt selbst gezwungen, diese Methoden anzuwenden, wenn sie dabei auch zu

---

Heute, Montag, abend 8 Uhr treffen sich die Mitglieder der Org-Abteilung des Bezirks mit den Instrukteuren zur gemeinsamen Besprechung in der Produktiv-Genossenschaft. Die Zellenorgleiter brauchen nicht zu erscheinen.

BL. Halle-Merseburg.

Anfang, von etwas Größenwahn getrieben, über die Stränge haut. Der hiesige Bezirksvorstand der SPD. veröffentlicht nämlich im letzten „Volksblatt" ein Rundschreiben an alle Ortsvereine, in dem es heißt: „Mehr als 300 000 Männer und Frauen haben sich in die Eintragungslisten eingezeichnet und **sich damit hinter die Sozialdemokratische Partei gestellt."** Das ist zwar vollendeter Blödsinn, und man braucht, um diese Behauptung zu widerlegen, nur an die Dittmann und Landsberg zu erinnern und an Hörsing, der mitten in der Arbeit für das Volksbegehren zur Zeppelin-Eckener-Spende aufrief und die zeppelinlose, die schreckliche Zeit für „die größte Not unseres Volkes" hielt. Dann aber kommt das Interessante in dem sozialdemokratischen Aufruf: „Vielmehr gilt es jetzt, den Erfolg organisatorisch auszuwerten und Tausenden von denen, die sich in die Listen einzeichnen, als Mitglieder für die Partei und als Zeitungsleser zu gewinnen." Das ist doch der verpönte Ton, in dem die Bolschewisten zu reden pflegen, wenn sie „ihre Parteisuppe kochen" wollen!

Und es geht weiter: „planmäßige Werbearbeit", „systematische Kleinarbeit" in den Wohnungen, in den Betrieben, in den Gewerkschaften, im Reichsbanner und in den Arbeitersportvereinen." Alles unter der Ueberschrift „Rote Werbetage ". Auch in bezug auf Veranstaltungen wendet die SPD. früher so unbeliebte und teils geschmähte, teils totgeschwiegene „bolschewistische Marktschreiermethode" an: Sprechchor mit Trommelwirbel und roten Fahnen. Diese Beobachtung ist geradezu amüsant, und sie kann für uns nur eine Genugtuung bedeuten. Weil man aber nicht die rote Fahne entfalten kann und auf der andern Seite die Luther-Regierung stützen, deshalb ist in der Methode der SPD. eine tiefe Bruchstelle, die aufzuzeigen die unermüdliche Aufgabe unserer Genossen sein muß. Denn die Mittel, die angewandt werden, müssen auch den richtigen Zweck erfüllen. Sonst sind sie wirklich nur — Marktschreierei.

Hallische Tageschronik

Verkehrsstörung

Am 10. April entstand in der Poststraße gegen 9 Uhr vormittags eine Verkehrsstörung von einer halben Stunde Dauer infolge Radbruchs an einem beladenen Kohlenwagen. Der Wagen war auf den Straßenbahnenschienen liegengeblieben und mußte durch die herbeigerufene Feuerwehr zur Seite gebracht werden.

Zertrümmerte Laterne

Am 10. April gegen 11.50 Uhr vormittags kam auf der Lindenstraße eine Straßenzugmaschine, welche einem sie überholenden Straßenbahnwagen ausweichen wollte, der Bordkarte des Bürgersteiges zu nahe und fuhr eine Straßenlaterne um, welche zertrümmert wurde. Personen kamen nicht zu Schaden.

Arbeit für die Feuerwehr

Am 11. April gegen 11.30 Uhr nachmittags wurde die Feuerwehr nach der Gr. Brauhausstraße gerufen, woselbst in einem Grundstück die Aschengrube brannte. Beim Eintreffen der Wehr war der Brand bereits durch Hausbewohner gelöscht, so daß sie nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene

für den Monat April d. J. erfolgt nur gegen Vorlegung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamte für die Buchstaben A bis H am Mittwoch, dem 14. April, I bis Q am Donnerstag, dem 15. April, und R bis Z am Freitag, dem 16. April, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags.

Die Auszahlung der Buchstaben A bis D und M, Sch und St erfolgt wie bisher in der Kasse des Jugendamtes, Zimmer 126, die anderen Buchstaben werden Rathausstraße 3, Erdgeschoß, Steuererheberzimmer, gezahlt. Die Zahlung der Zusatzrenten für Kriegsbeschädigte erfolgt wie bisher beim Fürsorgeamt, Zimmer 23, in der gleichen Zeit, und zwar für die Buchstaben A bis K am Mittwoch, dem 14., und für die Buchstaben L bis Z am Donnerstag, dem 15. April 1926. Die Einhaltung der festgesetzten Zahltage ist unbedingt zur glatten Abwicklung des Verkehrs erforderlich, vorzeitige Auszahlungen finden nicht statt.

* **Gefunden.** Ein Notizbuch mit Beitragsmarken gefunden. Der Verlierer wird aufgefordert, das Material im Ortsbureau der KPD., Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, in Empfang zu nehmen.

An alle Erwerbslosen und Minderbemittelten des Saalkreises!

Das Wohlfahrtsamt des Saalkreises hat an alle Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher ein Schreiben gerichtet, daß eine Sonderaktion in Kleidungsstücken usw. in Kürze eingeleitet wird. Betroffen sind alle schulpflichtigen und noch nicht schulpflichtigen Kinder der Erwerbslosen und Minderbemittelten, deren Einkommen in den letzten vier Wochen vor dem 28. März die Erwerbslosenunterstützung nicht überstiegen hat. Die Anträge müssen bis 17. April von den Gemeindevorstehern in Halle eingereicht werden. Da bei allen Sonderaktionen viele Gemeindevorsteher, die Not der Armen nicht achtend, die Schreiben nicht beantwortet haben, müssen alle Minderbemittelten des Saalkreises sofort bei ihrer Gemeinde den Antrag stellen. Die Landarbeiter mit mehreren Kindern kommen auch in Frage.

Mötzlich

Oeffentliche Einwohnerversammlung. — Zwölf neue Parteimitglieder. In der von der kommunistischen Gemeindefraktion in Mötzlich einberufenen Einwohnerversammlung legten unsere Genossen der Einwohnerschaft klar, warum die letzten beiden Gemeindevertretersitzungen aufgeflogen seien. Genosse Sierau schilderte zuerst die Lage der Erwerbslosen und gab dann den Antrag, den die Fraktion beim Gemeindevorsteher eingereicht hatte, bekannt. Zwei wesentliche Punkte davon sind: 1. Die Erwerbslosen hatten an den Gemeindevorsteher einen Antrag eingereicht, daß die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung am Freitagnachmittag vor sich gehen gehen solle, da alle Einkäufe in Halle gemacht werden müßten und der Sonnabend dafür der schlechteste Tag sei. Weiter war beantragt, daß man die Gemeinde aus der Ortsklasse C in die Ortsklasse A versetzen solle. Der Gemeindevorsteher (ein ehemaliger Arbeiter) hat diesen Antrag überhaupt nicht angenommen resp. der gesamten Gemeindevertretung zur Abstimmung vorgelegt. Mit einer Bemerkung, es sei heute überhaupt lächerlich, einen solchen Antrag zu stellen, hat er die Antragsteller abgewiesen. Die kommunistische Fraktion hatte vorgeschlagen, daß von der Gemeinde aus Notstandsarbeiten verrichtet werden sollen, wie Teich schlämmen, Straßen und Wege in Ordnung bringen zu lassen. Das wurde abgelehnt, dafür aber hat der Gemeindevorsteher Pflichtarbeit gegen ganz geringes Entgelt verordnet. Unsere Genossen hatten für die Notstandsarbeit die dortigen Tariflöhne verlangt. In der Diskussion sprachen sich außer den Gemeindevertretern ein großer Teil der Einwohner dafür aus, daß sie die Haltung ihrer Gemeindevertretung für richtig halten und beleuchteten besonders kritisch die Stellungnahme der Wohnungskommission bei der Vergebung der Wohnungen. Ein hallischer Genosse sprach in der Diskussion und zog eine Parallele zwischen den kommunistischen und bürgerlichen Gemeindevertretern mit ihrem Amtsvorsteher. Treffend führte er aus, daß der ehemalige radikale Arbeiter (heute Gemeindevorsteher) die schlechteste Rolle gegenüber den Einwohnern gespielt habe, aus diesem Grunde forderte er auf, bei der nächsten Gemeindevertreterwahl dafür zu sorgen, daß eine proletarische Mehrheit zustande kommt (für Mötzlich muß dies ein leichtes sein) und sich dann einen Gemeindevorsteher wählt, der die Interessen der Einwohner vertritt. Zum Schluß forderte er die anwesenden Einwohner auf, die Konsequenz aus diesem Treiben der bürgerlichen Meute zu ziehen und **sich der Kommunistischen Partei anzuschließen. Das taten dann auch zwölf Arbeiter.** Der Besuch der Versammlung hätte jedoch ein [illegible] sein müssen. Vor allen Dingen wäre notwendig [illegible] wenn auch die Frauen dort erschienen wären. Die Mötzlicher Arbeiter müssen dafür sorgen, daß ihren Gemeindevertretern die notwendige Unterstützung zuteil wird.

Am Donnerstag, dem 15. April, abends 8 Uhr, findet im Lokal Max Weber, Flugplatz, eine Versammlung der Kommunistischen Partei Mötzlich und Tornau statt, zu welcher alle Mitglieder der Partei eingeladen sind. Sorgt dafür, daß diese Versammlung gut besucht wird.

Aus der Jugendbewegung

An alle Schulentlassenen, die an der Jugendweihe teilgenommen haben!

Am Mittwoch, dem 14. April, abends ½8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft eine wichtige Besprechung aller Schulentlassenen statt. Es ist dringend notwendig, daß jeder erscheint.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Bezirk 4: Montag abend 6 Uhr im „Volkspark" Versammlung.

Bezirk 2 und 3: Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.

Bezirk 1: muß ausnahmsweise mit der Mittwoch-Versammlung zusammen stattfinden, da am Dienstag der Saal besetzt ist.

„Jugend-Internationale" Nr. 6, 7. Jahrgang, ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Informationsbrief des ZK. der KP. der Sowjetunion über die Beschlüsse des 14. Parteitages. / In Erwartung einer Antwort. Von V. V. / Brennende Fragen. / Der politische Grundunterricht. Von Fritz Reinhard. / Der Betriebsrat und die kommunistische Jugend. Von Georg Schumann. / Die katholischen Jugendorganisationen. Von E. W. / Aus der Jugend-Internationale. / Aus der Praxis. / Material für den aktiven Verbandsarbeiter.

Preis pro Exemplar 20 Pf. Zu beziehen durch alle Literaturobleute der Jugend und durch die Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Theater und Konzerte

Volksbühne. Spieltage: „Don Giovanni" 24. April (B); „Der einsame Weg" 17. April, 8 Uhr (G), 26. April (H), 3. Mai (J). Montag, 12. April, 8 Uhr, im Stadttheater als Sondervorstellung „Ein Walzertraum". Karten in der Geschäftsstelle. Kulturfilm: Amundsens Flug zum Pol am 12. und 13. April, 8¼ Uhr, im Thalia. Zum Kammermusikabend des Bohnhardt-Quartetts am Mittwoch, 14. April, 8 Uhr, in der „Degenloge" erhalten unsere Mitglieder Karten zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14. Die Mitglieder der Konzertgemeinde werden gebeten, ihre Karten für die 8. Hauptprobe am Sonntag, 18. April, 11 Uhr vormittags, in der Geschäftsstelle abzuholen. Am 21. April, 8 Uhr, spricht der bekannte Berliner Theaterschriftsteller Julius Bab in der „Loge zu den 5 Türmen" über „Das deutsche Drama der Gegenwart". Karten zu 75 Pf. und 50 Pf. in der Geschäftsstelle. Die Methusalem-Aufführung findet am 23. April, 8 Uhr, im Stadttheater statt. Zu der neu angesetzten Besichtigung des Stadttheaters am 16. Mai, 12 Uhr, beginnt die Kartenausgabe am Montag, dem 12. April.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Spülapparate, Irrigateure, sanitäre Artikel Gummi-Bieder, Große Steinstraße

Parteiarbeiter-Konferenz Halle

Dienstag, den 13. April, abends ½8 Uhr im Saale der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion zu den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive.

Erscheinen müssen unbedingt die Zellengruppenleitungen, die Pol-Leiter der Betriebs- und der Straßenzellen, die Bezirksleitungsmitglieder, Fraktionsleiter der Kommunal- und Erwerbslosenfraktionen und die Referenten von Halle-Stadt und Halle-Saalkreis.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Bezirksleitung KPD. Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Schweizer Handballmannschaft in Magdeburg

Von 2500 Arbeitern wurde die ausländische Mannschaft in Magdeburg begrüßt. Beim Spiel hatten die Magdeburger den Vorrang. Resultat 4 : 2.

Die Berliner und Leipziger Hockeymannschaften trafen sich ebenfalls in Magdeburg zu einem Werbespiel. Die Berliner waren die weitaus Ueberlegenen.

Bericht von der Jugendleiterkonferenz vom 10. April im „Volkspark"

Die Sitzung eröffnet Sportgenosse Mettins unter Bekanntgabe einer reichhaltigen Tagesordnung. Zur Anwesenheitsliste wird festgestellt, daß 9 Vereine anwesend, einer entschuldigt fehlt. Wo war Trotha, Minerva und Radewell? Hoffentlich das nächstemal. Weiterhin erstattet der Obmann eingehend Bericht vom Kreistag in Magdeburg. Bei der Wahl von drei Jugendgenossen in den Ausschuß wurden die Genossen Walter (Viktoria), Natsch (Fichte), Gibbert (Wörmlitz) einstimmig gewählt. Ueber den Ausbau der Jugend wurde reichlich diskutiert, und wird die Zukunft zeigen, ob und wie die einzelnen Jugendleiter in den Vereinen arbeiten. Im Verschiedenen streift der Obmann die Bewegung im allgemeinen und appelliert nochmals an die Anwesenden, rege tätig zu sein für die Arbeiter-Sportbewegung. Desgleichen wurde nochmals auf den am 25. April stattfindenden Waldlauf hingewiesen und eine restlose Beteiligung aller Jugendlichen gefordert. Mit Frei Heil schloß der Obmann 10½ Uhr die Sitzung.

Fußball

Große Ueberraschungen im Fußball

Kröllwitz mit 4 : 0, Giebichenstein mit 2 : 0, Trotha mit 1 : 0 geschlagen

Der gestrige Sonntag war nach dem Osterfest wieder den Serienspielen gewidmet. So konnte Wörmlitz 1. — Trotha 1. mit 1 : 0 siegen. Fortuna 1. holte in Passendorf über Teutonia 1. einen hohen 6 : 1-Sieg heraus. ASC. 1. kehrte mit einem 3 : 0-Sieg über Ammendorf 1. nach Hause. Fichte 1. gab Giebichenstein 1. mit 2 : 0 das Nachsehen. 6. soll ohne seine drei besten Leute gespielt haben. Fichte mit 4 Spielern aus der 2. Mannschaft. Viktoria 1. konnte Sportbrüder 1. nur ganz knapp mit 1 : 0 die Punkte abnehmen. Bei diesem Spiel wurde von beiden Mannschaften nichts Besonderes gezeigt, es wurde auf beiden Seiten viel gerollt, doch durch Ruhe der Spieler war das Spiel noch etwas angenehm. Bruckdorf 1. mußte sich Minerva 1. mit 2 : 2 beugen, hier konnte das Resultat auch umgedreht lauten. Die größte Ueberraschung bei Kröllwitz 1., indem selbige sich von Gröbers 1. mit 4 : 0 reinlegen ließen! Von Zörbig und Teicha gegen Sportlust und Lettin waren keine Resultate zur Stelle, das muß anders werden.

Tabelle der Serienspiele 1. Klasse

Verein	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Kröllwitz	5	4	—	1	19 : 7	8 : 2
Giebichenstein	3	3	—	2	5 : 6	6 : 4
Lettin	3	3	1	—	6 : 7	2 : 4
Gröbers	4	1	1	2	7 : 4	3 : 5
Teicha	4	1	1	2	6 : 12	3 : 5
Fichte, Halle	5	1	2	2	8 : 15	4 : 6
Sportlust	4	2	2	—	13 : 9	6 : 2
Viktoria	4	3	—	1	11 : 8	6 : 2
Zörbig	3	2	—	1	12 : 6	4 : 2
Asfania	3	1	—	2	8 : 8	2 : 4
Sportbrüder	5	2	1	2	3 : 5	5 : 5
Minerva (Protest)	4	1	1	2	10 : 12	3 : 5
Bruckdorf (Protest)	4	1	—	3	6 : 10	2 : 6
ASC.	5	4	—	1	16 : 4	8 : 2
Fortuna	5	3	2	—	13 : 3	8 : 2
Fichte, Ammendorf	4	—	3	1	6 : 9	3 : 5
Trotha	5	1	2	2	11 : 13	4 : 6
Wörmlitz	4	1	—	3	3 : 13	2 : 6
Teutonia	5	1	1	3	10 : 16	3 : 7

Non. Zörbig — Sportlust und Teicha — Lettin keine Resultate.

Wörmlitz 1. — Trotha 1. 1 : 0

Obige Mannschaften standen sich in Wörmlitz im Serienspiel gegenüber. Beide Mannschaften zeigten ein gefälliges Spiel. W. spielt etwas überlegen, kann sich aber bei Tr. Hintermannschaft nicht durchsetzen. Beide Tore kommen des öfteren in Gefahr und beide Torhüter müssen ihr Können beweisen. Mit 0 : 0 werden die Seiten gewechselt. Dann gibts bei beiden Mannschaften erhöhtes Tempo. W. ist der Glücklichere und kann durch Nachsetzen den einzigen Treffer anbringen. Nach Anstoß zieht Tr. mächtig los, kann aber nichts Zählbares erreichen und muß sich mit obigem Resultat geschlagen bekennen.

Bruckdorf 1. — Minerva 1. 2 : 3

Br. hat Anstoß, zieht vor M. Tor, die Verteidigung M. klärt gut. In der 15. Minute kann Br. das erstemal einsenden. 5 Minuten später gleicht M. aus. Bis Halbzeit ändert sich am Resultat nichts mehr. Nach Halbzeit geht Bruckdorf durch Eismeier abermals in Führung und abermals gleicht M. nach kurzer Zeit aus. Beide Mannschaften spielen nun auf Sieg, kurz vor Schluß kann M. das siegbringende Tor durch Mitte anbringen und verläßt als Sieger den Platz. Br. legte wegen zu frühem Abpfiff Protest ein.

Viktoria 1. konnte **Sportbrüder 1.** knapp mit 1 : 0 (Halbzeit 1 : 0) beide Punkte abnehmen. Schiedsrichter Zesterling (Fichte) war dem Spiel ein gerechter Leiter.

Viktoria 2. verlor gegen **Asfania 2.** 0 : 1 (0 : 0). Das Spiel wurde gleich nach dem Wechseln vom Schiedsrichter im Falle Viktoria abgepfiffen.

Sportlust 2. — Brachstedt 1. 1 : 2.
Trotha 2. — Ammendorf 2. 1 : 2.
Gröbers 2. — Lettin 2. 2 : 1.
Giebichenstein 2. — Kröllwitz 2. 2 : 1. Hier legte Kröllwitz Protest ein.
Viktoria 3. behauptete die Spitze, indem sie **Sportfreunde 3.** (Teicha) mit 3 : 2 (2 : 2) geschlagen nach Hause schickte.
Giebichenstein 3. — Fortuna 3. 2 : 3.
Sportlust 1. Jugend — ASC. Jugend 2 : 1.
Viktoria Jugend — Sportlust 2. Jugend 5 : 0.
Giebichenstein Jugend — Diemitz Jugend 2 : 2.
Bruckdorf Jugend — Zörbig Jugend 2 : 3.
Wörmlitz Jugend — Trotha Jugend 1 : 1 (0 : 0). Hier wurde ein flottes Spiel gezeigt. In der 2. Halbzeit kann jede Partei ein Tor treten.

Die SPD. gegen den deutschen Arbeiter-Schachbund

Die Reformisten gegen die Einheit

Wie bereits berichtet, fand vom 1. bis 5. April in Jena der 4. Bundestag des Deutschen Arbeiter-Schachbundes statt. Dazu waren die russischen Schachgenossen eingeladen und auch erschienen. Gleichzeitig tagten in Jena die Vertreter der ausländischen Schachorganisationen und beschlossen die Aufnahme der russischen Schachsektion.

Die Bedeutung der Arbeiter-Schachbewegung besteht vor allem in der Anwesenheit der russischen Genossen auf der deutschen Bundestagung und der vollzogenen Aufnahme in der Schach-Internationale. Kaum haben die 140 Delegierten und die 700 Gäste, die zu dem Bundestag und den verschiedenen Turnieren zwischen Kreisen und Städten und um die Bundesmeisterschaft erschienen waren, Jena wieder verlassen, da heulte das Jenaer sozialdemokratische Organ „Volk" bereits auf und speit Gift und Galle gegen die Arbeiter-Schachtagung, ihre Führer und ihre Delegierten. Der Kongreß wird zu einem „kommunistischen" gestempelt, obwohl auf der Tagung die Kommunisten in der Minderheit waren. Die „kommunistische Tendenz" der Tagung soll vor allem dadurch zum Ausdruck kommen, daß im „Volkshaus"-Saal, wo zwar nicht der Bundestag, aber die Tourniere stattfanden, neben den Büsten von Marx und Bebel auch das Bild Lenins prangte. Das sozialdemokratische Blatt bringt die einstimmig angenommene Entschließung für die internationale Einheit zum Abdruck und hängte daran folgende Bemerkung:

„Damit wäre die parteipolitische Neutralität des Arbeiter-Schachbundes aufgegeben. Damit hätte er sich in direkten **Widerspruch mit der Sozialdemokratischen Partei** und den freien Gewerkschaften gestellt."

So offen wie das „Volk" sprachen die reformischen Führer selten. Wir wollen aber festhalten, daß die parteipolitische Neutralität nur deshalb aufgegeben sein soll, weil die Arbeit des Bundes nicht in vollster Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei steht.

Weiter bringt das „Volk" zum Ausdruck, „wenn das wahr wäre (was die „Neue Zeitung" in Jena, das kommunistische Parteiblatt objektiv berichtet hat), dann würde der Arbeiter-Schachbund aus **der Luzerner Sportinternationale automatisch ausscheiden".** Was wir seit Jahr und Tag behaupten, wofür wir der deutschen Arbeiterschaft bereits tausendfältige Beweise gebracht haben, wird jetzt in Deutschland auf dem Gebiete des Arbeitersports erneut dokumentiert:

Die sozialdemokratischen Führer sabotieren die internationale Einheit und sind die Spalter der Arbeiterorganisationen.

So wie sie in den Gewerkschaften die revolutionären Teile ausschlossen und die Einheit in der Naturfreunde- und Samariterbewegung mit allen Mitteln sabotieren, so denunzieren sie jetzt den deutschen Arbeiter-Schachbundestag zu einem „kommunistischen", der automatisch aus der Luzerner Sportinternationale ausscheiden müßte.

Es ist ferner bezeichnend, daß das „Volk" beim Wiedergeben der Resolution für die internationale Einheit das Wort „Einheit" in Anführungszeichen setzt, just in dem Moment, wo die 15 000 Mitglieder umfassende Schachinternationale um mehr als 45 000 russische Schachspieler vergrößert und befestigt wird.

Besonders interessant ist, daß die Mitglieder des Bundesvorstandes, dem nur sozialdemokratische Mitglieder angehörten und der einstimmig wiedergewählt wurde, von ihrer Partei in Acht und Bann erklärt werden. Die Arbeiter-Schachgenossen und die Arbeitersportler aller Arbeitersportorganisationen müssen sich gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokratischen Partei mit aller Entschiedenheit auflehnen und dafür sorgen, daß die Feinde der Einheit keine weiteren Erfolge in der Spaltung von Arbeiterorganisationen verzeichnen können. Die Losung aller Arbeitersportler muß jetzt erst recht lauten: **Her mit der nationalen und internationalen Einheit der Arbeitersportorganisationen, her mit dem deutsch-russischen Sportbündnis!**

Fußballspiele in Naumburg

Vorwärts Bergisdorf-Zeitz 2. — WSV. 88 Naumburg 2. 5 : 2.
Vorwärts Bergisdorf-Zeitz 1. — WSV. 88 Naumburg 1. 1 : 5.
Vorwärts Bergisdorf-Zeitz 1. — Sportfreunde Arnstadt 1. 1 : 2.

Am Karfreitag weilte Vorwärts mit zwei Mannschaften in Naumburg, um gegen die spielkarken 88er zu kämpfen. Um 1 Uhr traten die 2. Mannschaften auf den Plan. Naumburg 2. mußte sich dem Bezirksmeister der 3. Klasse beugen. Nachdem stellten sich beide 1. Mannschaften gegenüber. Vorwärts hatte leider nur 8 Mann zur Stelle, so daß noch 3 Mann der 2. Mannschaft aushelfen mußten. Dieses machte sich im weiteren Spielverlauf stark bemerkbar. Trotzdem schlug sich Vorwärts tapfer und hielt das Spiel bis zum Schluß offen.

8. Bezirk

Die Serienspiele haben begonnen. WSV. Holzweißig 1. — 03. Bitterfeld 1. 0 : 4. 03. blieb, wie erwartet, Sieger. Die Neulinge der 1. Kl. Niemegk 1. — WSV. Wolfen 1. trennten sich mit einem Unentschieden 2 : 2. Annaburg 1. — Greppin 1. Annaburg nicht angetreten. WSV. Holzweißig 1. — 03. Bitterfeld 1. 0 : 4, Halbzeit 0 : 2, Ecken 6 : 8.

Am 11. April weilte WSV. in Bitterfeld zum fälligen Serienspiel. Nach der 20. Minute konnte 03. das erste Tor treten, dem sich bis Halbzeit noch ein zweites Tor hinzugesellte. Nach Halbzeit nahm das Spiel an Schärfe zu. WSV. suchte auszugleichen, doch scheiterten alle Angriffe bei der 03.-Hintermannschaft. Bis zum Schluß konnte 03. noch das Resultat auf 4 : 0 stellen. Bemerkt sei noch, daß der Schiedsrichter kurz vor Schluß drei Mann von WSV. herausstellen mußte.

WSV. 2. — 03. 2. 2 : 5. Niemegk 2. — Wolfen 2. 1 : 3. Gräfenhainichen Jugend gegen Greppin Jugend 1 : 3. Freie Turner Zeitzig Alte Herren — WSV. Holzweißig Alte Herren 1 : 2.

BC. Giebichenstein. Montag, abends 7½ Uhr, Turnen in der Mittelschule.

Handball

Fichte 1. war in Cöthen und konnte knapp, aber sicher 3 : 2 gewinnen.
Adler 1. — Schwimmer 1. 1 : 1.
Sportlust 1. — Frisch auf 1. 1 : 0.
Fichte 3. — Othello 1. Jugend 1 : 4.
Fichte 2. — Atlas 1. 4 : 0.
Schwimmer Schüler — WSC. Schüler 1 : 0.
Sportlerinnen. Sportlust nur mit 8 Sportlerinnen unterlag gegen Schwimmer mit 4 : 0.
Kröllwitz — Achilles 2 : 0.

Fichte 2. — Atlas 1. 4 : 0 (0 : 0)

Auf dem Fichte-Platz standen sich gestern obige Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber. Die Atlaten legten zum Anwurf an gleich mächtig los. Der Verlust der „Grünweißen" (Atlas), im Anfang zählbare Erfolge zu sehen, scheiterte an der aufmerksamen Verteidigung. Fichte kommt dagegen vor dem Tore einigemal zum Schuß; doch verfehlt das Leder sein Ziel. Nachdem verschiedene Strafecken unausgenutzt blieben, entwickelt sich nach und nach ein äußerst flottes, offenes Feldspiel. Der Ball geht von einem Torraum zum anderen. Die „Rotweißen" gehen jetzt mehr zu Angriffen über, doch der Sturm, welcher in der ersten Halbzeit einen schwarzen Tag hatte, findet sich nicht zusammen. Nachdem der Atlas-Torhüter, welcher einen guten Tag hatte, des öfteren brenzlige Momente klären konnte, pfeift es Halbzeit. Mit 0 : 0 werden die Seiten gewechselt. Nach Wiederbeginn läuft der Sturm der „Rotweißen" zur Glanzform auf. Die Mannschaften geben im Rahmen eines anständigen Spieles alles aus sich heraus. Endlich kann der M. St. der „Rotweißen" durch gutes Zuspiel in der 38. Minute den Ball ins Netz senden. Die „Grünweißen" lassen darob keineswegs den Kopf hängen. Mit unglaublicher Zähigkeit stehen sie am Ball. Nur der krönende Torwurf fehlt ihnen. Fichte, die erfolgreichere Elf, ist führend. In ziemlichen Abständen fallen drei weitere Tore für sie.

Ungeachtet der zusammengeschmolzenen Siegesaussicht kämpfen die „Grünweißen" unentwegt weiter. An dem 4 : 0-Resultat für Fichte wird aber nichts mehr geändert. Durch den Schlußpfiff des einwandfreien Schiedsrichters (Kletleben), welcher eine allseitig befriedigende Leistung erzielte, fand ein an spannenden Momenten reiches Spiel sein Ende.

Fichte Schüler — BC. Giebichenstein 1 : 0 (1 : 0)

Am Sonntag standen sich Fichte Schüler — BC. Giebichenstein auf dem Fichte-Platz im Gesellschaftsspiel gegenüber, welches Fichte nach gutem, überlegenem Spiel für sich entschied. Den Fichte-Spielern auf diesem Wege nochmals mehr Ruhe beim Spiel.

Kegler

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Amtliche Mitteilung

Spiele vom 2. April: Unter uns Halle — Passendorf 0 : 2; Freie Neune Halle gegen Teicha 0 : 2.
Spiele vom 11. April: Vorwärts Halle — Teicha 0 : 2; Solidarität Halle gegen Neudorf 0 : 2.
Spiele am 18. April: Dölnitz — Unter uns Halle 9 Uhr norm.; Südau gegen Jugendklub Halle 9 Uhr norm.; Alte Neune Heideburg — Freien Lauf Halle 9 Uhr norm.; Freien Lauf Halle, Damenabteilung — Naundorf 2 bis 7 Uhr nachm. Zur Vervollständigung der Serientabelle sind sämtliche fehlenden Listen sofort einzusenden.

J. A.: Laue.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, sich an eine pünktliche Beitragszahlung zu gewöhnen. Sämtliche Ortsgruppen, welche noch mit Februar und März im Rückstand sind, bitten wir, dieses sofort nachzuholen. **Der Bezirksvorstand.** J. A.: W. Schuster.

Vereinsmitteilungen

Unter dieser Rubrik erscheinen alle Vereinsmitteilungen, wie Versammlungseinladungen, Spielankündigungen, in denen die Mannschaften namentlich angeführt werden, Bekanntgabe der Treffpunkte und Termine einer Festlichkeit. Pro Druckzeile kostet 25 Pf.

Esperanto! Jaudo, la 15 an de Aprilo, jela 1/28 okazos grava kunveno en „Popolparko". Chin komunista Esperantisto nepre devas aperi. Komunista frakcio de „S. A. T.".

TK. Die Naturfreunde Weißenfels. Am 14. April „Technische Fragen beim Wandern".

Briefkasten

Der Bericht von ASC. — Radewell ist völlig unleserlich geschrieben und kann daher nicht veröffentlicht werden.

Wirinea

3] Roman von Lydia Sejfullina

Die Sonne ging auf, die Fuhrwerke machten sich aus den Höfen auf den Weg. Das Volk strömte auf die Straße. Auch Magara erschien im Dorf. Er hatte ein langes hausgewebtes Hemd an, das bis zu den Knien herabreichte, und darunter ein paar lange, schmutzige Hosen. Er schüttelte ärgerlich sein verblichenes, rötliches Haar, das schwach mit grauen Strähnen durchsetzt war, und schritt neben den Wagen einher. Jammernides Weibergeheul schallte weit über die Straße hin. Der Greis Fedot schritt neben Magara einher und stieß geräuschvoll mit seinem Stab auf. Er sprach zu den neben ihm auf den Wagen Fahrenden:

„Der Krieg wird wohl nicht lange dauern! Man hat ja vorher nichts davon gehört. Wenn es früher Krieg gab, so eilte ihm das Gerücht schon lange voraus. Mit solcher Eile hat man die Soldaten damals nicht zusammengetrieben. Das wird wohl nur den Zweck haben, das innere Land dem Zaren unterwürfig zu machen. Heult nicht, Ihr Weiber, soweit ich sehe, werden die Männer bald zurückkehren!"

Margara aber verklindete mit lauter, kreischender Stimme, daß man es weit auf allen Fuhrwerken hörte:

„Der Krieg wird lange dauern! Im russischen Reich ist des Christenvolkes zu viel geworden, das Land reicht nicht mehr aus! Solange der Zar den ganzen Ueberschuß nicht ausgerottet hat, wird der Krieg kein Ende nehmen."

II.

Und wieder war es so gekommen, wie Magara gesagt hatte. Schon rückte zum zweitenmal die Zeit der Feldbestellung heran, während die Bauern sich noch immer für die Sache des Zaren plagten. Ihre Bauernwirtschaften aber versahen Weiber, Greise, jene aus der Zahl der Jungen, die ein körperliches Gebrechen hatten, und fremde Tagelöhner. Einige unter den Reichen hatten sich wohl anfangs losgekauft, aber auch sie waren dann eingezogen worden. Wenn sie auch nicht unmittelbar am Krieg teilnahmen, so mußten sie doch von zu Hause fort.

Die Weiber von Agnrowka beneideten die Hebamme Mokeicha. Ihr Sohn war im Frühjahr zurückgekehrt. Er war von nicht hohem Wuchse, schmalbrüstig, seine Wangen waren eingefallen, und er husstete heftig, als würge ihn etwas. Immerhin war er ein zum Hof gehörender Bauer, der sich trotz alledem mit Eifer um die Wirtschaft kümmerte. Und er war nicht einer von jenen, denen ein Arm oder ein Bein fehlte. Er war zwar hinfällig, hatte jedoch keine sichtbaren Verletzungen davongetragen. Das kleine, rundliche Bauernweib Fjoklia, die Nachbarin der Mokeicha, pflegte oftmals, sich die speichelfeuchten Lippen mit der Hand trocken wischend, mit süßlicher Stimme über den geflochtenen Staketenzaun hinüber zu ihr zu sagen:

„Ein Leben hast Du, Bäuerin, daß Du Dich bei Gott bedanken kannst. Dein Sohn ist heil zurückgekommen, und man hört nichts davon, daß man ihn wieder einziehen will. Man hat aber schon alle eingezogen, alle! Nur Greise sind zurückgeblieben und ganz fiese Leute. Der Deine ist aber noch recht bei Kräften. Und was er sich vorsorglich für ein schmuckes Weib zugelegt hat, ohne es zum Altar zu führen! Das macht nichts, der Bursche hat also noch Lebenssaft! Sonst aber sieht man unter unseren Dorfleuten keine Jungen mehr. Sind nur lauter Greise und Halbwüchsige. Ausgenommen, es kommen einmal diese Staatshengste, die Ingenieure vom Bahnbau, oder Kriegsgefangene, diese schwächlichen Oesterreicher. Von unseren jungen Falken aber ist keiner da. Kei—ner ist da! In den anderen Dörfern gibt es wenigstens kräftige Verwundete, bei uns aber sind auch die gezählt. Man sagt, Wassjka habe sich beim Bahnbau einstellen lassen? Oder hat er nur einen einmaligen Auftrag übernommen?"

Mokeicha, die eine alte Hose vom Zaun nahm, ntwortete unlustig: „Nur einen einmaligen. Er ist mit irgendeinem Papier an die Hauptstrecke gegangen."

Sie beeilte sich, in die Hütte zu gehen. Wußte und befürchtete sie doch, daß die Nachbarin das Gespräch auf Wirka bringen würde. Sie hatte keine Lust, den Klatsch der Leute über das junge Weib anzuhören.

Schon stürmten sprudelnde Bäche durch die Steppentäler. Die Wege ließen sich nicht mehr zu Pferd befahren. Aber über die Hügel führten noch schmale, unzuverlässige Fußsteige. Wassjka hatte sich durch gute Bezahlung verlocken lassen, einen Brief des Ingenieurs von der im Bau begriffenen Bahn nach der acht Kilometer entfernten Hauptstrecke zu bringen. Der Ingenieur hatte ihm zehn Rubel versprochen. Die Herrschaften lassen ihr Geld nicht still in der Tasche liegen, es sitzt bei ihnen locker im Beutel. Das ist nicht so, wie mit dem Bauerngeld, das sich nicht vom Fleck fortbringen läßt. Sehr einfach, dieser schwarzhaarige Herr wird zu den zehn Rubeln noch etwas dazugeben. Seit man mit dem Bahnbau begonnen hat, zieht die ganze Umgebung ihren Nutzen daraus. Aber es ist schon sehr viel Zeit verstrichen, und Wassjka ist immer noch nicht nach Hause gekommen. Dem Ingenieur ist es offenbar in der Tat mit der Sache sehr eilig, denn er ist selbst auf Wassjkas Hof gekommen. Die Mokeicha erblickte ihn durchs Fenster und kam ihm aus der Hütte heraus entgegengelaufen. Sie verneigte sich tief und dienstfertig und fragte ihn mit singender Stimme:

„Sie haben sich wohl gar wegen meines Sohnes herbemüht? Ach, du Herr, mein Gott! Sie sind offenbar sehr darum besorgt ... Bei einem solchen Dreckwetter geht selbst ein Bauer nicht gern auf unseren Wegen. So ein Unglück: er ist noch nicht da, ist noch nicht da! Nehmen Sie es nicht übel!"

Der Ingenieur brummte etwas vor sich hin und rückte ärgerlich die Dienstmütze auf seinem Kopfe zurecht. Die Alte begann in noch freundlicherem Tone, ihn zu beruhigen:

„Er wird bald da sein ... Er muß jeden Augenblick zurückkehren! Er ist ein flinker Kerl, wird sich nicht unnütz lange herumtreiben. Im Handumdrehen wird er zurück sein! Er hat ja noch junge, flinke Füße."

Der Ingenieur biß auf seinen schwarzen Bartzipfel, zögerte einen Augenblick und sagte dann ärgerlich:

„Das kann ich nicht gerade sagen, daß sie sehr flink wären. Oder hat er etwa am Morgen zu lange geschlafen? Wenn er, wie er versprochen hatte, beim Morgengrauen aufgebrochen wäre, so wäre er jetzt schon zurück."

„O nein, nein, nein — nein — nein, er hat sich durchaus nicht verschlafen. Das können Sie mir glauben, ich sage die Wahrheit, er hat sich nicht verschlafen. Er ist fort, ehe noch die Hähne krähten. Wie könnte man sich denn auch verschlafen, wenn man versprochen hat für einen guten Menschen einen Auftrag zu erledigen!"

Und dann fügte sie bereits aufrichtiger, mit etwas trockenerer, gröberer Stimme hinzu:

„Er wird sich schon beeilen, bald heimzukommen; denn er wird ja ganz durchfroren und durchnäßt sein und noch nichts gegessen haben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 12. April 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 85

Englischer Bergarbeiterkampf, ein Signal für die deutschen Arbeiter

Internationaler Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung

London, 10. April.

Auf der Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Lancashire und Cheshire, auf der 75 000 Bergarbeiter vertreten waren, wurde der Beschluß gefaßt, die Vorschläge und Berichte der Kohlenkommission abzulehnen und ebenso die letzten Vorschläge der Grubenbesitzer als unannehmbar zurückzuweisen. In London fand ebenfalls gestern eine Konferenz des Industrieausschusses des Gewerkschaftskongresses, mit Vertretern des Bergarbeiterverbandes statt. Der Ausschuß sicherte den Bergarbeitern erneut vorbehaltlos die Unterstützung der gesamten englischen Arbeiterschaft zu.

*

(Eig. Drahtm.) London, 11. April.

Die Reichs-Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter beschloß auf Antrag des Vorstandes einstimmig, die Entscheidung zu vertagen, bis die noch ausstehenden Beschlüsse der einzelnen Bergwerksdistrikte eingelaufen sind, und der neuen Reichs-Delegiertenkonferenz, die statutengemäß die Entscheidung zu treffen hat, eine Resolution zur Annahme zu empfehlen, die folgende Punkte enthält:

1. **Einer Verlängerung der Arbeitszeit wird nicht zugestimmt.**
2. **Grundsätzlich bleibt das Lohnabkommen nebst den nationalen Minimalzuschlägen aufrechterhalten.**
3. **Die Bergarbeiter können einer Herabsetzung der Löhne nicht zustimmen.**

★

Der englische Kapitalismus ist durch den **Verlust seiner Vormachtstellung auf dem Weltmarkt**, durch die **Einschränkung seiner Absatzmöglichkeiten** (insbesondere durch die Industrialisierung der englischen Kolonien) und durch die daraufhin eingeleitete **Schutzzollpolitik** in eine äußerst schwierige Lage gekommen. Die englische Bourgeoisie versucht, diesen Schwierigkeiten Herr zu werden durch die möglichst schnelle Beseitigung der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Industrie und möglichst weitgehende **Senkung der „Unkosten“ durch Lohnkürzung und Verlängerung der Arbeitszeit.** Deshalb übt sich das englische Unternehmertum, wie die deutsche Bourgeoisie in der Aufstellung von „Rationalisierungsplänen“. Auf der kürzlich stattgefundenen Jahresversammlung des englischen Reichsverbandes der Industrie wurden dazu konkrete Vorschläge gemacht mit dem Ziel einer „zentralisierten“ Organisation, die die Erfordernisse der Industrie, die Finanzierung der Banken und die diplomatischen Aktionen „miteinander in Einklang bringt“. Um die „Leistungsfähigkeit“ der Industrie zu erhöhen, **müsse man die Arbeiter willig machen dadurch**, daß man den von ihnen angestrebten höheren Lebensstandard von gesteigerter Produktivität abhängig macht. Die „industrielle Verschwendung“ müsse durch rationelle Methoden endgültig beseitigt werden. Auch der Arbeitsprozeß soll eine grundlegende „Rationalisierung“ erfahren. Die Hauptsache wäre jedoch, **eine grundlegende Aenderung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern.** Nur durch die **Arbeitsgemeinschaft** nach dem Muster der **Vereinigten Staaten** (!) könne das kapitalistische System in England reorganisiert werden, so daß beide Klassen, die Unternehmer wie die Arbeiter, einen möglichst großen Vorteil davon haben.

Man sieht, die Töne der **englischen** Unternehmer sind die **gleichen**, wie die der **deutschen** Unternehmer. Während sich jedoch die deutschen Arbeiter bisher einen Lohnabzug nach dem anderen aufdiktieren ließen und die Einführung des Zehn- und Zwölfstundentages nicht zu verhindern wußten, beginnt die **englische Arbeiterschaft, sich energisch gegen diese arbeiterfeindlichen Pläne zur Wehr zu setzen.** Durch den Widerstand der englischen Bergarbeiter, die unter keinen Umständen einer Erhöhung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Löhne zustimmen, ist in England eine **außerordentlich ernste Lage entstanden.** Die englischen Bergarbeiter haben aus dem Sieg am **roten Freitag** die Lehren gezogen, wie ein solcher einheitlicher Vorstoß des Unternehmertums abgewehrt werden kann. Trotz des Widerstandes der rechten Gewerkschaftsführer haben die Gewerkschaftsmitglieder den **Abschluß großer Gewerkschaftsbündnisse** erzwungen. Die sieben größten Verbände haben sich zum Kampfe gegen die englische Rationalisierung zusammengeschlossen. **Dieser Kampfbund bildet eine gewaltige Macht, deren sich die englische Bourgeoisie wohl bewußt ist** und deshalb alles versucht, um durch zweifelhafte Versprechungen die englischen Bergarbeiter vom Kampfe abzuhalten. Insbesondere werden fieberhafte Vorbereitungen getroffen, um den bevorstehenden Bergarbeiterstreik **durch ausländische Streikbrecherkohle abwürgen zu können.**

Aus diesem Grunde haben die englischen Bergarbeiter bereits an den **Internationalen Gewerkschaftsbund** einen Appell gerichtet, um die Lieferung von Streikbrecherkohle nach England zu verhindern. Der Internationale Gewerkschaftsbund hielt es jedoch **bis jetzt noch nicht für notwendig**, irgendwelche Vorbereitungen dazu zu treffen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer schrecken im Gegenteil vor dem gewaltigen Kampfe zurück und versuchen deshalb, die endgültigen Entscheidungen **möglichst zu verschleppen.** So hat z. B. der Sekretär der Internationalen Bergarbeitervereinigung Frank Hodges in einer Rede in Nottingham erzählt, daß die Vorschläge der Kohlenkommission erfüllt seien von der Möglichkeit „des Gedeihens“ (!) und fügte dieser Auffassung hinzu, daß, [illegible] **Verminderung der** [illegible] **rung der Arbeits**[illegible] **derung, d. h. Ver**[illegible] e! ! !

„vorübergehende“ [illegible] rbeiterschaft kennt [illegible] chen Reden ihrer [illegible] n „Möglichkeiten“ [illegible] überzeugt, daß die [illegible] mistischen Utopien [illegible] en Kampf gegen [illegible] rbeitszeitverlänge- [illegible] iterschaft aber hat [illegible] **ch England unter** [illegible] die deutschen Ge- [illegible] n. Die beste Unter- [illegible] jedoch darin, daß [illegible] um die **verlorene** [illegible] **einen gleichstarken** [illegible] **ngen zur Abwehr** [illegible] **Deutschland. Nur** [illegible] **mpf der englischen** [illegible] **lisische Rationali**[illegible] **ndert werden.**

[illegible] **ur unter dem Druck** [illegible] Die sozialdemokrati- [illegible] proletarische Front [illegible] pungen werden!

[illegible] en lassen, trotz der [illegible] **Mai als Tag der** [illegible] in allen Gewerk- [illegible] schaftskartellen gemeinsame Maidemonstrationen durchzusetzen. Wir fordern alle Genossen und Sympathisierende auf, das hallische Vorbild als Beispiel zu nehmen und für die gemeinsame Durchführung der Demonstrationen die gesamte Arbeiterschaft zu mobilisieren.

Der 1. Mai im Zeichen der Kampf-Einheit

Brecht die Sabotage der ADGB.-Führer!

Berlin. Der „Vorwärts“ zeigt in seiner Freitag-Abendausgabe, daß der ADGB.-Maiaufruf praktisch auf eine Zersplitterung der Arbeiterschaft am 1. Mai hinauslaufen will. Auf die Forderung der „Roten Fahne“, die gemeinsame Demonstration am 1. Mai müsse von der Arbeiterschaft erzwungen werden, schreibt der „Vorwärts“: „Dieses kommunistische Rezept, andere zur Liebe zu zwingen, hat keine Aussicht auf Erfolg. Mögen die Kommunisten den 1. Mai in ihrer Weise unter sich feiern. Aber von ehrliebenden Arbeitern, denen der Begriff der gewerkschaftlichen Disziplin aufgegangen ist, und von überzeugten Sozialdemokraten können sie nicht verlangen, daß sie zur Feier des 1. Mai dahin gehen, wo ihre Gewerkschaften und ihre Partei in der dümmsten und schmutzigsten Weise beschimpft werden.“

*

Mit diesen demagogischen Phrasen wird es den SPD.-Führern nicht leicht werden, die Forderung auf gemeinsame Demonstrationen unter roten Fahnen am 1. Mai zu unterdrücken.

Kaum daß eine **große Anzahl von Gewerkschaftskartellen**, darunter auch in **Halle, gemeinsame Maidemonstrationen beschlossen hatten**, kommen von oben die Versuche, die sich bildende Einheitsfront der Arbeiterschaft wieder zu zerschlagen. Was unsern Zwang „zur Liebe“ anbelangt, so glauben wir, **niemals Zweifel** darüber

Für die Einheit in der proletarischen Freidenkerbewegung

Berlin. Die Generalversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung beschloß einstimmig, sich der proletarischen Freidenker-Internationale, die ihren Sitz in Wien hat, anzuschließen. Der Vorsitzende der Internationale, Genosse Hartwig, Brünn, begrüßte diesen Beschluß, worauf die Generalversammlung spontan die Internationale sang. — Vorausgegangen war ein ebenso einstimmiger Beschluß, die Organisation der Freidenker für Feuerbestattung mit der Gemeinschaft proletarischer Freidenker organisatorisch zu vereinigen.

Die Betriebe und die Regierungsfrage

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre wiederholten Vertrauensvoten das Leben der monarchistischen Luther-Regierung gerettet hatte, schrieb ein sozialdemokratisches Blatt, die Frankfurter „Volksstimme“, daß „ein wahrhaft großer Moment“ in der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes verpaßt worden sei. Man hätte diese Regierung stürzen müssen.

Diese Stimme ist sehr interessant. Die SPD.-Blätter schreiben solche Wahrheiten nur dann, wenn sie der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter Rechnung tragen müssen. Diese Pressestimme läßt darauf schließen, daß **ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter die Unterstützung der Luther-Regierung durch ihre Führer verurteilt.** Bei diesem günstigen Boden müßte es möglich sein, durch entsprechende Aufklärungsarbeit das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter und die Massen der Parteilosen für die Forderung des Sturzes dieser Regierung zu gewinnen.

Stellt man aber die Frage, warum es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotzdem wagen konnte, der Luther-Regierung immer wieder das Vertrauen auszusprechen, so kommt man zur Feststellung, daß **der Druck aus der Arbeiterschaft auf SPD.- und ADGB.-Führer nicht stark genug war.** Es gelang weder, die großen Massen der Werktätigen für die Forderung des Sturzes der Luther-Regierung genügend zu interessieren, noch gelang es, die Belegschaften der Betriebe auch nur in dem Sinne in Bewegung zu setzen, daß die Instanzen der SPD. und des ADGB. unter genügend starken Druck gesetzt worden wären.

Aber keine politische Aktion der Arbeiterklasse wird ohne eine starke Mobilisierung der Betriebe mit Erfolg durchgeführt werden können. Genau so wie in einer aufs äußerste zugespitzten Situation die Cuno-Regierung nur durch die Aktion der Betriebe gestürzt werden konnte, so kann auch heute der Sturz der Luther-Regierung herbeigeführt werden, wenn die Betriebe auf den Plan treten und die ADGB.- und SPD.-Instanzen zwingen, ihrem Willen zu entsprechen. Es fehlte bisher an der richtigen politischen Mobilisierung der Betriebe, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß es in den meisten Betrieben noch nicht zur Bildung von **Einheitskomitees** gekommen ist, der Organe, die geeignet sind, die politische Aufklärung der gesamten Belegschaften, wie die Organisation der geschlossenen Teilnahme der Belegschaft an den politischen Aktionen zu vollenden.

Diese ungenügende politische Aktivität der Betriebe liegt nicht etwa daran, daß das politische Interesse der deutschen Arbeiterschaft abgenommen hätte, sondern es kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß im Kampf gegen den beispiellosen Unternehmerterror die Arbeiterschaft noch nicht zur siegreichen Offensive vorgehen konnte. Wir sehen aber, daß von einer Belegschaft, wie der des Leunawerks, eine kommunistische Mehrheit in den Arbeiterrat gewählt wurde, obwohl gerade in diesem Werk die Chemiemagnaten mit Hilfe von monarchistischen Pinkertons, Wertspitzeln usw. einen geradezu ungeheuerlichen Terror entfalten. Wie im Leunawerk, so lebt in allen Betrieben der Wunsch, endlich wieder herauszukommen aus dem unerträglichen Terror der Hungerpeitsche, die heute die deutschen Unternehmer im Hinblick auf eine Millionenarmee von Erwerbslosen so rücksichtslos schwingen.

Das Kampfterrain ist für die deutsche Arbeiterschaft heute vielleicht schwieriger als je. Die deutsche Wirtschaftspolitik steht im Zeichen der kapitalistischen Rationalisierung. Etwa 5 Millionen Erwerbslose liegen seit Monaten auf dem Pflaster. Immer noch wird umgestellt, entlassen und — gesiebt. Die Unternehmer suchen alle diejenigen aus den Betrieben zu entfernen, die sich für die Interessen ihrer Kollegen und ihrer Klasse einsetzen. Unter allen Umständen will das Unternehmertum gerade die politische Aktivisierung der Betriebe verhindern und in den Unternehmerblättern werden alle möglichen Rezepte dafür erörtert, unter anderem auch die „Werksgemeinschaft“, die den Zusammenhang der Arbeiterklasse untereinander zerstören soll. Auch die Kapitalistenklasse weiß eben, daß sie nur dann ernstlich zu fürchten hat, wenn die Belegschaften der Betriebe in Bewegung kommen.

Deshalb ist die geringste politische Tätigkeit in den Betrieben heute ein schwerer, opferreicher Kampf. Die Bildung von Einheitskomitees stößt auf große Schwierigkeiten. Die politische Aufklärung und Agitation wird nicht nur direkt durch den Unternehmerterror gehindert, sondern auch dadurch, daß im Zeichen der kapitalistischen Rationalisierung die Belegschaften nicht aus dem Kleinkampf um die elementarsten Dinge herauskommen. Jeder Pfennig Stundenlohn oder Akkordlohn muß täglich und stündlich verteidigt werden. Die fortgesetzten Entlassungen und Maßregelungen halten die Belegschaften in Atem usw. Die Unternehmer sorgen schon dafür, daß die Kämpfe in den einzelnen Betrieben nicht abreißen. **Die Unternehmerorganisationen leiten von zentraler Stelle aus diesen Feldzug, der auf immer neuen Lohnabbau und immer weitere Arbeitszeitverlängerung und andere Verschlechterungen hinzielt.**

Wenn aber die einzelnen Belegschaften bei der Abwehr dieser Unternehmeroffensive sich selbst überlassen bleiben, wenn sie nicht den Weg zur gemeinschaftlichen Abwehr finden, so werden sie immer weiter zurückgeworfen werden. Gerade um neue Verschlechterungen abzuwehren, muß der Kampf gegen den Terror der Unternehmer mit aller Energie aufgenommen werden. Jedes Nachgeben, jedes Ausweichen, jedes Abwarten bringt nur neue Verschlechterungen. Wohl bedeutet die riesige Erwerbslosenarmee einen großen Vorteil für die Unternehmer, doch kann nicht abgewartet werden, bis etwa diese Erwerbslosigkeit auf ein unbedeutendes Maß eingeschrumpft wäre. Es ist gar nicht abzusehen, daß die kapitalistische Wirtschaft Deutsch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260412-17/fragment/page=0009